

# Archiv für Sozialgeschichte

Herausgegeben von der  
Friedrich-Ebert-Stiftung  
in Verbindung mit dem  
Institut für Sozialgeschichte e. V.  
Braunschweig – Bonn

45. Band · 2005

Verlag  
J. H. W. Dietz Nachf.

REDAKTION: BEATRIX BOUVIER  
 DIETER DOWE  
 PATRIK VON ZUR MÜHLEN  
 MICHAEL SCHNEIDER

SCHRIFTFLEITUNG: FRIEDHELM BOLL

REDAKTIONSASSISTENZ: ANJA KRUIKE

Redaktionsanschrift:  
 Institut für Sozialgeschichte  
 Godesberger Allee 149, 53175 Bonn  
 Tel. 02 28 / 88 34 70, Fax 02 28 / 88 34 97  
 E-Mail: Afs@FES.de

Herausgeber und Verlag danken Herrn Martin Brost für die finanzielle Förderung von Bearbeitung und Druck dieses Bandes.

ISSN 0066-6505  
 ISBN 3-8012-4159-9

© 2005 Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn  
 Umschlag und Einbandgestaltung: Bruno Skibbe, Braunschweig  
 Satz: PAPHYRUS – Schreib- und Büroservice, Bonn  
 Druck: Westermann Druck Zwickau GmbH  
 Alle Rechte vorbehalten  
 Printed in Germany 2005

Inhalt

BEITRÄGE ZUM RAHMENTHEMA »WEST-OST-VERSTÄNDIGUNG IM SPANNUNGSFELD VON GESELLSCHAFT UND STAAT SEIT DEN 1960ER-JAHREN«

*Stefan Berger/Norman LaPorte*, Britische Parlamentarierkontakte nach Osteuropa 1945–1989. Zwischen *fellow travelling* und ostpolitischer Erneuerung..... 3

*Arnd Bauerkämper*, Ein asymmetrisches Verhältnis. Gesellschaftliche und kulturelle Kontakte zwischen Großbritannien und der DDR von den Sechziger- zu den Achtzigerjahren..... 43

*Peter Haslinger*, Eine Option in Richtung Europa? Österreich im außenpolitischen Kalkül der ungarischen Kommunisten 1956–1989 ..... 59

*Karl-Heinz Schlarp*, Die ökonomische Untermauerung der Entspannungspolitik. Visionen und Realitäten einer deutsch-sowjetischen Wirtschaftskooperation im Zeichen der Neuen Ostpolitik ..... 77 ✕

*Guido Thiemeyer*, »Wandel durch Annäherung«. Westdeutsche Journalisten in Osteuropa 1956–1977..... 101 ✕

*Dieter Bingen*, Ostpolitik und demokratischer Wandel in Mittel- und Osteuropa. Der Testfall Polen ..... 117 ✕

*Robert Zurek*, Die Rolle der Katholischen Kirche Polens bei der deutsch-polnischen Aussöhnung 1966–1972 ..... 141 ✕

*Karl-Joseph Hummel*, Der Heilige Stuhl, deutsche und polnische Katholiken 1945–1978 ..... 165

*Arkadiusz Stempin*, Das Maximilian-Kolbe-Werk. Brückenbauer zwischen den deutsch-polnischen Fronten in den Jahren der Entspannungspolitik..... 215 ✕

*Krzysztof Ruchniewicz*, Der Entstehungsprozess der Gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchkommission 1937/38–1972..... 237

*Thomas Strobel*, Die Gemeinsame deutsch-polnische Schulbuchkommission. Ein spezifischer Beitrag zur Ost-West-Verständigung 1972–1989..... 253 ✕

*Zofia Wóycicka*, Zur Internationalität der Gedenkkultur. Die Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau im Spannungsfeld zwischen Ost und West 1954–1978..... 269

*Natalie Bégin*, Kontakte zwischen Gewerkschaften in Ost und West. Die Auswirkungen von *Solidarność* in Deutschland und Frankreich. Ein Vergleich..... 293

*Dorota Dakowska*, Die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Polen zwischen 1971 und der friedlichen Revolution ..... 325

<i>Pertti Ahonen</i> , German Expellee Organizations. Between Revisionism and Reconciliation.....	353
<i>Lawrence S. Wittner</i> , About the Peace Movements and Their Relations. A Comparison of their Development and Impact in East and West.....	373
<i>Anke Stephan</i> , Zwischen Ost und West. Die unabhängige Frauenbewegung in Leningrad 1979–1982.....	407
<i>Jan C. Behrends/Friederike Kind</i> , Vom Untergrund in den Westen. <i>Samizdat</i> , <i>Tamizdat</i> und die Neuerfindung Mitteleuropas in den Achtzigerjahren.....	427
<i>Sonja Häder</i> , Selbstbehauptung wider Partei und Staat. Westlicher Einfluss und östliche Eigenständigkeit in den Jugendkulturen jenseits des Eisernen Vorhangs....	449
FORSCHUNGSBERICHTE UND REZENSIONEN	
<i>Christian Noack</i> , Tourismus in Russland und der UdSSR als Gegenstand historischer Forschung. Ein Werkstattbericht.....	477
<i>Carla Albrecht</i> , Neuere Forschungen zu den deutsch-französischen Gesellschafts- und Kulturbeziehungen nach 1945.....	499
<i>Michael Schneider</i> , Geschichtswissenschaft im Dritten Reich. Eine Zwischenbilanz	509
<i>Friedrich Kießling</i> , Nationalsozialismus als politische Religion. Zu einer neuen und alten Deutung des Dritten Reichs.....	529
<i>Frank Bösch</i> , Zwischen Populärkultur und Politik. Britische und deutsche Printmedien im 19. Jahrhundert.....	549
<i>Uta Andrea Balbier</i> , »Spiel ohne Grenzen«. Zu Stand und Perspektiven der deutschen Sportgeschichtsforschung.....	585
<i>Till Kössler</i> , Partei, Bewegung und Lebensform. Neuerscheinungen zur Geschichte des Kommunismus in Deutschland.....	599
<i>Christopher Kopper</i> , »Gute Straßen bis ins letzte Dorf!« Neue Forschungen zur Verkehrsgeschichte.....	615
<i>Jürgen Martschukat</i> , Gewalt und Gesellschaftsordnung. Die Todesstrafe als Gegenstand sozial- und kulturhistorischer Forschung in Westeuropa und den USA....	625
*	
Ilse Fischer, Versöhnung von Nation und Sozialismus? Lothar Erdmann (1888–1939). Ein »leidenschaftlicher Individualist« in der Gewerkschaftsspitze. Biographie und Auszüge aus den Tagebüchern, Bonn 2004 (Hans O. Hemmer).....	645
Götz Aly, Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt/Main 2005 (Michael Schneider).....	647

Isabel Heinemann, »Rasse, Siedlung, deutsches Blut«. Das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas, Göttingen 2003 (Bianka Pietrow-Ennker).....	650
Michael Hesemann, Hitlers Religion. Die fatale Heilslehre des Nationalsozialismus, München 2004 (Michael v. Prollius).....	652
Hans Maier (Hrsg.), Totalitarismus und Politische Religionen. Konzepte des Diktaturvergleichs, Band III: Deutungsgeschichte und Theorie, Paderborn 2003 (Michael v. Prollius).....	652
Richard Steigmann-Gall, The Holy Reich. Nazi Conceptions of Christianity, 1919–1949, Cambridge 2003 (Michael v. Prollius).....	652
Gerd Hankel/Gerhard Stuby (Hrsg.), Strafgerichte gegen Menschheitsverbrechen. Zum Völkerstrafrecht 50 Jahre nach den Nürnberger Prozessen, Hamburg 1995 (Alexander J. Schwitanski).....	657
Gerd Hankel, Die Leipziger Prozesse. Deutsche Kriegsverbrechen und ihre strafrechtliche Verfolgung nach dem Ersten Weltkrieg, Hamburg 2003 (Alexander J. Schwitanski).....	657
Heike B. Görtemaker, Ein deutsches Leben. Die Geschichte der Margret Boveri, München 2005 (Dagmar Bussiek).....	662
Ursula Langkau-Alex, Deutsche Volksfront 1932–1939. Zwischen Berlin, Paris, Prag und Moskau, Erster Band: Vorgeschichte und Gründung des Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront, Berlin 2004/2005; Zweiter Band: Geschichte des Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront; Dritter Band: Dokumente, Chronik und Verzeichnisse (Patrik von zur Mühlen).....	664
Joachim Radkau, Natur und Macht. Eine Weltgeschichte der Umwelt, München 2000 (Neuaufgabe 2002) (Thomas Zeller).....	666
Andrei Corbea-Hoisie/Rudolf Jaworski/Monika Sommer (Hrsg.), Umbruch im östlichen Europa. Die nationale Wende und das kollektive Gedächtnis, Innsbruck etc. 2004 (Christian Domnitz).....	667
Anna Zarnowska, Workers, Women, and Social Change in Poland, 1870–1939, Aldershot 2004 (Jutta Schwarzkopf).....	670
Margarete Kollmar, Mit der Reichsbahn ins Blaue. Eine populäre Tourismusform in den 1930er-Jahren, Hövelhof 2005 (Christopher Kopper).....	672
Habbo Knoch/Daniel Morat (Hrsg.), Kommunikation als Beobachtung. Medienwandel und Gesellschaftsbilder 1880–1960, München 2003 (Stefan Moitra).....	673
Summaries.....	677
Résumés.....	687
Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bandes.....	697
Rahmenthemen der nächsten Bände des »Archivs für Sozialgeschichte«.....	702
Einzelrezensionen finden Benutzer des »Archivs für Sozialgeschichte« unter <a href="http://www.fes.de/afs-online">www.fes.de/afs-online</a>	

Dieter Bingen

## Ostpolitik und demokratischer Wandel in Mittel- und Osteuropa

## Der Testfall Polen

## I. VORBEMERKUNGEN

Der Begriff der *Ostpolitik* hat sich im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts für die Politik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den sozialistischen Staaten Europas im politischen Diskurs und Schrifttum eingebürgert, bisweilen mit dem Epitheton »neu« versehen und aus dem Deutschen in viele Sprachen unübersetzt übernommen.

Die *deutsche Ostpolitik* war eingebettet in die sogenannte Entspannungspolitik der westlichen Allianz unter der Ägide der Vereinigten Staaten von Amerika, die unter den Bedingungen des bipolaren internationalen Systems nach 1945 und der ideologischen Gegnerschaft versuchten, die Gefahr eines militärischen Konflikts zwischen Staaten und Bündnissystemen zu verringern, deren antagonistische Interessen jeder Verständigung enge Grenzen setzten. Dieser Problematik wird der folgende Beitrag gewidmet sein, der sich vorwiegend auf die Regierungsebene und – im polnischen Fall – auf die Dualität von Regierung und *Solidarność*-Opposition bezieht.

Im Rahmen einer Periodisierung der westlichen Entspannungspolitik, der vonseiten der Sowjetunion der Begriff der *friedlichen Koexistenz* entgegengesetzt wurde, ist auf die Ära der *begrenzten Entspannung* zwischen 1963 und 1968 hinzuweisen, als ein erstes Rüstungskontrollregime zwischen den USA und der UdSSR umrissen wurde. Diese erste Phase der Entspannungspolitik wurde durch die gewaltsame Beendigung des tschechoslowakischen Experiments eines »Sozialismus mit menschlichem Antlitz« im August 1968 beendet, um danach umso dynamischer zwischen 1969 und 1978 im Rahmen der amerikanisch-sowjetischen *Détente* über die Rüstungskontrolle hinaus auf strittige Fragen der europäischen Sicherheit ausgeweitet zu werden (sogenannter Helsinki-Prozess). Die *Détente* war aus US-amerikanischer Sicht (Richard Nixon, Henry Kissinger) der Versuch, die Sowjetunion in ein Netz kooperativer Beziehungen einzubinden, in dem ihr Belohnungen für weltpolitische Zurückhaltung und Strafen für weltpolitisches Ausgreifen in Aussicht gestellt wurden. Ende der 1970er-Jahre fand die erste Phase der Entspannungspolitik zwischen den USA und der Sowjetunion ihr Ende, als sichtbar wurde, dass die sowjetische Doktrin friedlicher Koexistenz keineswegs Zurückhaltung in der Dritten Welt vorsah (Äthiopien, Angola, Mosambik u. a.). Nach der sowjetischen Invasion in Afghanistan Ende 1979 wurde die Entspannungspolitik durch einen *Zweiten Kalten Krieg* abgelöst. In dieser Phase gab es keinen Rückfall in den Status quo ante, wenn auch der aufgeschobene Generationenwechsel in Moskau während der gerontokratischen Agonie unter dem späten Breschnew und seinen Nachfolgern Andropow und Tschernenko andererseits kaum Spielräume für neue Bewegung ließ. Erst nach der Wahl Michail Gorbatschows zum Generalsekretär der KPdSU (März 1985) entwickelte sich zuerst tastend, dann mit einer bis dahin für undenkbar gehaltenen Dynamik die *Zweite Phase der Entspannungspolitik* (Treffen Reagan-Gorbatschow in Reykjavik November 1987), die mit dem Zusammenbruch des Ostblocks und dem Auseinanderfallen der Sowjetunion (1989–91) aufgehoben wurde. Ungewollt stellte die Politik Gorbatschows innerhalb des Ostblocks als auch seine Öffnung zum Westen die Philosophie der Entspannungspolitik als einer eingleisigen Politik der Verständigung zwischen demokratischen Regierungen und demokratisch nicht legitimierten kommunistischen Parteiführungen in Frage, reagierte der sowjetische Ge-

neralsekretär doch auf die Erosion der kommunistischen Systeme und die Herausbildung antikommunistischer Gegeneliten in Ostmitteleuropa nicht mehr mit direkter Intervention, sondern mit einer Zögerlichkeit, die die Parteiregime in Ostmitteleuropa dem von Moskau nicht mehr abgewendeten Untergang weiheten. Für die westlichen Entspannungs- und Ostpolitiker kaum vorauszusehen, erwies sich nun in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre, dass es sich lohnen konnte, alternativen demokratischen Bewegungen in Ostmitteleuropa Unterstützung angedeihen zu lassen.

Von Beginn an spielte die Bundesrepublik Deutschland als »die erste und wichtigste Unterabteilung des Kalten Krieges«<sup>1</sup> eine besondere Rolle als handelndes Subjekt und als Objekt; Deutschland war eine seiner Ursachen und sein erstes Kind. Die Spaltung Deutschlands 1945 schuf einen deutschen Sonderkonflikt im Kalten Krieg und folglich auch in der Entspannungspolitik, deren deutsche Variante den Begriff *Ostpolitik* trug.

Der Gegensatz der Systeme in Ost und West war die Grundlage eines *gemeinsamen* Konflikts der Westmächte und Westdeutschlands mit den Sowjets. Die Forderung nach Wiedervereinigung der Deutschen in Freiheit und die Grenzrevision im Osten bildeten die Grundlage eines *Sonderkonflikts* der Bundesrepublik mit der Sowjetunion und mit dem Sowjetblock, in dem sie nur bedingt – und in mit der Zeit abnehmendem Maße – auf die Unterstützung der Westmächte rechnen konnte.<sup>2</sup>

Die Geschichte der Bonner Ostpolitik war die Geschichte der zunehmenden Erkenntnis dieses Unterschieds und der notwendigen Entschärfung dieses Sonderkonflikts, der erst mit dem Zusammenbruch des von östlicher Seite so genannten »sozialistischen Weltsystems« am Ende der Achtzigerjahre aufgehoben wurde. Der – wenn auch seit der Brandtschen Ostvertragspolitik entschärfte – Sonderkonflikt machte die Bundesrepublik in ihren Ostbeziehungen erpressbarer als andere Partner im westlichen Bündnis. Der Vorwurf der Infragestellung des territorialen Status quo konnte bis in die zweite Hälfte der Achtzigerjahre von der kommunistischen Propaganda willkürlich hervorgeholt werden und immer wieder auch im Westen für verstohlene oder unverhohlene Zustimmung sorgen, wie es noch 1984 durch den von Giulio Andreotti vorgebrachten *Pangermanismus-Vorwurf* geschah. Der deutsche Sonderkonflikt und die psychologische, historisch bedingte Sonderhemmung, in irgendeiner Weise zur Destabilisierung von irgendetwas in Europa beizutragen, wird in der Analyse und Kritik der deutschen Ostpolitik der Achtzigerjahre zu wenig ausgeleuchtet, wenn die angebliche oder wirkliche Fixierung auf die Parteiführungen Osteuropas und die vermeintliche Missachtung der demokratischen oppositionellen Bewegungen angeprangert werden.

Die *deutsche Ostpolitik* bezeichnet im engeren Sinne die Politik der so genannten *Normalisierung*, die das SPD-FDP-Kabinett unter Bundeskanzler Willy Brandt und Außenminister Walter Scheel in den Jahren 1970–1973 gegenüber den Ostblockstaaten einschließlich der DDR betrieben hat. Sie schlug sich in einem Geflecht von Verträgen nieder, den so genannten *Ostverträgen* (mit der Sowjetunion, 12.8.1970; mit Polen, 7.12.1970; mit der Tschechoslowakei, 11.12.1973, u. a.). Über die einzelnen Epochen hinweg war Ostpolitik eine abgeleitete Funktion einer auf staatliche Wiedervereinigung zielenden Deutschlandpolitik und basierte auf der stabilen Westverankerung des westdeutschen Staates (NATO, EWG/EG).

Wenn auch die Sowjetunion für den westdeutschen Staat aus den bekannten deutschlandpolitischen und realpolitischen Gründen der erste Adressat der Ostpolitik war und

1 *Waldemar Besson*, Die Außenpolitik der Bundesrepublik. Erfahrungen und Maßstäbe, München 1970, S. 24.

2 *Richard Löwenthal*, Vom kalten Krieg zur Ostpolitik, in: *ders./Hans-Peter Schwarz* (Hrsg.), Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz, 2. Aufl., Stuttgart 1974, S. 604–699, hier: S. 604.

bis 1990 blieb, so lassen sich doch an dem Verhältnis zu den Nachbarn der Deutschen (nicht der Bundesrepublik Deutschland, deren Grenze an der Elbe endete), geradezu paradigmatisch die Dilemmata von Realpolitik und Moralpolitik durchdeklinieren. Es schien über alle Phasen westlicher Entspannungspolitik hinweg aussichtslos, ja vermessen zu sein, gegenüber der östlichen Weltmacht und der Okkupationsmacht in einem Drittel des deutschen Staatsgebiets in den Grenzen von 1945 als nationaler Akteur eine zweigleisige Politik gegenüber den Vertretern des kommunistischen Systems und den Dissidenten reifen zu lassen. Da blieb die Bundesrepublik bis zum Abzug der letzten Einheiten der Roten Armee aus Deutschland 1990/92 erpressbarer als jeder andere westliche Staat. Vorsichtiges Reagieren in Bonn auf Dissidenz in der Sowjetunion diktierte nicht zuletzt die Geiselhaft von 17 Millionen Deutschen.

Im Verhältnis zu Polen war das Verhältnis von Realpolitik und historisch-moralischer Komponente komplexer, die Abgründe bei der Realisierung des Verständigungsgedankens taten sich auf den unterschiedlichen Ebenen unvermittelter auf. Die Fragen nach den Konsequenzen des Verständigungsgedankens für die Stellung zur Frage des Verlusts von 20 Prozent des deutschen Territoriums stellte sich gegenüber Polen, obwohl der Verantwortliche für die Territorialverschiebung Moskau, nicht Warschau war. Aber schließlich lebten nicht Russen, sondern Polen in den Häusern der Deutschen in Breslau, Stettin und Allenstein. Das heißt: sozial-psychologisch, historisch, moralisch war die Beziehung Deutschlands zu Polen (und auch zur ČSSR) in ihrer Komplexität mit keiner anderen Ostbeziehung vergleichbar. Diese Komplexität bezog sich auf das richtige Verhalten gegenüber Systemveränderungen von unten in den Grenzen des sowjetischen Machtbereichs.

Um es nochmals zu wiederholen: Für Deutschland hing alles von Moskau ab, natürlich war Polen nicht souverän, aber ohne Polens *Solidarność* hätte es Gorbatschow nicht gegeben, und von Gorbatschow bis Jaruzelski und Rakowski herrschte Einigkeit: der Papst aus Polen und seine Wirkung auf die Entwicklung in Polen war der Sargnagel, Jaruzelski sagte anlässlich des Todes von Papst Johannes Paul II., das »Brecheisen«. Dazu kam für die westdeutsche Politik und gesellschaftliche Wahrnehmung etwas nicht Unwichtiges: Polen war ein Staat vergleichbarer Größe und (wie auch die ČSSR) eine Gesellschaft, die den Deutschen soziokulturell viel näher war als andere Ostblockgesellschaften. Die Kontakte waren enger, Staatlichkeit und Gesellschaftlichkeit waren hier stärker und konflikthafter vermittelt als im Verhältnis zur Sowjetunion, kurz die Dilemmata der Entspannungs- und Ostpolitik wurden hier viel unvermittelter sichtbar als im Verhältnis zur Sowjetunion.

## II. POLITIK UND MORAL

Ihre symbolische Verdichtung hat die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland in den Siebzigerjahren in dem Bild von Bundeskanzler Willy Brandt erfahren, der vor dem Mahnmahl für die Helden des Warschauer Ghettoaufstands niederkniete. Das Foto vom knienden deutschen Bundeskanzler ist den Gesellschaften der kommunistischen Hemisphäre Europas allerdings von den parteigesteuerten Medien vorenthalten worden. In der Bundesrepublik gab es unmittelbar nach dem Kniefall eine öffentliche Diskussion, ob der Bundeskanzler knien »durfte«. Aber schon recht bald wandelte sich das Bild zu einer Ikone der Brandtschen Ostpolitik.

Abgesehen von interessengesteuerter Realpolitik spielte ohne Zweifel das Motiv der Aussöhnung bei den Akteuren der Ostpolitik der Siebziger- und Achtzigerjahre eine herausragende Rolle. Dieses Motiv moralischer und historischer Schuld und Verantwortung wurde nicht nur gegenüber dem ersten Weltkriegsopfer Polen zur Geltung gebracht, sondern ebenso auch gegenüber den Völkern der 1941 überfallenen Sowjetunion. Scham über die

Kumpanei des deutschen mit dem sowjetischen Diktator und Staatsverbrecher verband sich mit dem Schuldgefühl angesichts der deutschen Verbrechen an Ukrainern, Weißrussen und Russen. Wie aber damit umgehen, dass die polnische Nation ebenso wie die anderen Staaten Ostmitteleuropas und auch die Sowjetunion von Politikern und Regimen geführt wurden, die den Nationen aufoktroziert und politisch illegitim waren bzw. post-stalinistisch-imperialistisch wie die sowjetische Führung? Das Dilemma deutscher Politik und die Entstehung von Missverständnissen waren unausweichlich, wenn deutsche Politik nach Osten nicht tatenlos und selbstmarginalisierend bleiben wollte. Der britische Historiker und Publizist Timothy Garton Ash hatte den moralischen Impetus einer deutschen Politikergeneration so formuliert:

»Vergangene Schäden wiedergutmachen. Wunden heilen. Bei Willy Brandt war dies eindeutig, archetypisch. Aber genauso eindeutig, in mancher Hinsicht vielleicht sogar noch deutlicher war dies bei jenen, die, wie Helmut Schmidt und Richard von Weizsäcker, an der Ostfront gekämpft hatten. Es war im wahrsten Sinne die Mission einer ganzen Generation. Auch Helmut Kohl – obwohl er »die Gnade der späten Geburt« genoss – formulierte oft seinen Wunsch, mit Polen eine vergleichbare historische Aussöhnung zu erreichen, wie Adenauer mit Frankreich.«<sup>3</sup>

Wenn Willy Brandt in seiner Fernsehansprache aus Warschau am 7. Dezember 1970 verkündete: »Wir müssen [...] die Moral als politische Kraft erkennen«<sup>4</sup>, dann wurde die emotionale und aus dem Religiösen entnommene Botschaft an die östlichen Nachbarn in einen Handlungsraum (die Politik) übertragen, der *per definitionem* von der Dimension des Interesses und der Macht beherrscht wird. Deutsche Ostpolitik war also weit mehr als mit Moral verbundene Politik.<sup>5</sup> Allein der Rückblick auf die innenpolitischen Diskussionen über eine neue Ostpolitik seit den Fünfzigerjahren verdeutlicht, wie sehr es den Querdenkern um die langfristige Sicherung der internationalen Handlungsfähigkeit der Bonner Republik in einer sich verändernden Umwelt ging. Aber auch das Abwägen deutscher Verbrechen gegen das Leid, das Deutschen nach 1945 im Osten widerfahren war, musste bedacht werden.

Dazu kam noch ein anderes, vielleicht noch schwerer wiegendes Problem: Die Bundesregierung hatte es mit kommunistischen Regierungen als Verhandlungspartnern zu tun. Sie waren nicht die gewählten Vertreter ihres Volkes. Eine regierungsamtliche Verständigungspolitik, ja sogar Aussöhnungspolitik konnte nicht anders, als sich mit den real existierenden Machthabern ins Benehmen zu setzen. Aber sie musste sich immer der Begrenztheit und des Risikos des Unternehmens bewusst sein, wenn sie nicht böse überrascht werden wollte. Das unausweichliche moralische und realpolitische Dilemma der Bonner Ostpolitik wurde mit fortschreitendem Verfall der realsozialistischen Ordnung im Ostblock, insbesondere in Polen von Jahr zu Jahr offensichtlicher, darf aber nicht wiederum zu moralischen und politischen Verurteilungen verleiten, die dann billig zu haben sind, wenn aus der moralischer Selbstgewissheit und der Überzeugung, dass der Zusammenbruch des Realsozialismus so lautlos erfolgen musste, wie es 1989–91 wirklich geschah, die Ostpolitik als letztendlich rückgratlose Appeasementpolitik geschmäht wird. Andererseits stimmt es schon, dass in Bonn das Dilemma bisweilen verdrängt wurde, dass die Verständigungspolitik diktatorischen Regimen angeboten wurde, von der die Bevölkerungen im besten Fall gefiltert profitieren durften.

3 Timothy Garton Ash, Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent, München/Wien 1993, S. 438.

4 Zitiert nach ebd., S. 439.

5 Siehe die Diskussion der Siebzigerjahre über die Hauptantriebskräfte der neuen Ostpolitik, in: Egbert Jahn/Volker Rittberger (Hrsg.), Die Ostpolitik der BRD. Triebkräfte, Widerstände, Konsequenzen, Opladen 1974.

Willy Brandt hatte noch keine Alternative. Den Warschauer Vertrag schloss er mit Władysław Gomułka ab, mit ihm suchte er die »Normalisierung«, die »Aussöhnung« aber mit dem polnischen Volk. Gomułka wurde gestürzt, allerdings nur durch eine andere Garnitur derselben Partei. Helmut Schmidt aber wollte Edward Gierek »glatt ins Kabinett aufnehmen.« Und er weigerte sich nach der Verhängung des Kriegsrechts, bei den von den Amerikanern initiierten Sanktionen gegen Polen und die Sowjetunion mitzumachen – wegen seines tiefstehenden Wunsches nach Aussöhnung. Aber Aussöhnung mit wem? Mit den Regierenden oder mit den Regierten? Das moralische Dilemma war für einen deutschen Regierungspolitiker 1982 weitaus bedrückender als 1970. Seit Sommer 1980 gab es in Polen eine Freiheitsbewegung, die offensichtlich von einer überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung begrüßt wurde. Barg diese Bewegung nicht die Gefahr einer Wiederholung dessen, was 1968 in Prag geschehen war? Hegten Polen nicht selbst derartige Ängste?

Deutsche Ostpolitik reagierte mit großer Verzögerung auf die Subjektwerdung der Gesellschaften gegenüber dem Staat und hielt bis in die zweite Hälfte der Achtzigerjahre an der Vorstellung eines Wandels »von oben« fest. Sie war zumindest bis zum Regierungswechsel von 1982 geprägt von der Ratio der ersten Phase der Ostpolitik, die auf Entspannung zur innenpolitischen und außenpolitischen Beruhigung der kommunistischen Machthaber ausgerichtet war, auf Reform statt Revolution. Diese Methode machte die *neue Ostpolitik* tatsächlich zu einem erfolgreichen Unternehmen. Helsinki wurde möglich, die Dialektik des Helsinki-Prozesses wurde aber eher gefürchtet als herbeigeseht. Die von Brandt und Bahr nach dem traumatischen Erlebnis des Mauerbaus (13.8.1961) entwickelte Strategie des »Wandels durch Annäherung«, die durch die Prager Ereignisse des Jahres 1968 noch unterstrichen wurde, war während der Kanzlerschaft Helmut Schmidts an eine Grenze gelangt, die *Solidarność* ihr paradigmatisch setzte.

### III. DIE RATIO DES ANFANGS 1969<sup>6</sup>

Eine Woche vor den Bundestagswahlen 1969 hatte der Leiter des Planungsstabs des auswärtigen Amtes Egon Bahr – in Absetzung von der Außenpolitik der letzten CDU-geführten Regierung der Großen Koalition – für seinen Außenminister ein Arbeitspapier mit dem Titel »Überlegungen zur Außenpolitik einer künftigen Bundesregierung« geschrieben<sup>7</sup>, in dem er außer einem »Rahmenvertrag« mit der DDR einen »europäischen Gewaltverzicht«, die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit den osteuropäischen Ländern vorschlug. Aber Bahr ließ keinen Zweifel daran, dass die Beziehungen zu den kleineren Warschauer-Pakt-Ländern nur bis zu dem Grade entwickelt werden könnten, in dem sie von der Sowjetunion toleriert würden. Die Basis, auf der die neue sozial-liberale Koalition Beziehungen mit den östlichen Nachbarn knüpfen wollte, hieß »Moskau zuerst«.<sup>8</sup> Die jüngste Erfahrung mit sowjetischem Gewaltpotenzial in der Tschechoslowakei und mit der Stigmatisierung der Bundesrepublik als imperialistischer Speerspitze dort, wo Bayerischer und Böhmer Wald aneinander grenzen, schien diese Lösung nahe zu legen. Politischer Partner Nummer eins im Osten war und blieb die Sowjetunion, das Schlüsselland für die historisch-moralische »Bereinigung« der Beziehungen zum Osten war und blieb Polen.

6 Vgl. auch Gottfried Niedhart/Oliver Bange, Die Relikte der Nachkriegszeit beseitigen. Ostpolitik in der zweiten außenpolitischen Formationsphase der Bundesrepublik Deutschland im Übergang von den Sechziger- zu den Siebzigerjahren, in: AfS 44 (2004), S. 414–448.

7 Siehe auch Egon Bahr, Zu meiner Zeit, München 1996, S. 243 ff.

8 Garton Ash, S. 104 ff.

Die künftige Konzeption der Ost- und Deutschlandpolitik war aus der Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 und aus der nachfolgenden Bundestagsdebatte herauszulesen. Ausgangspunkt aller Überlegungen war die Einsicht, dass die Teilung Deutschlands auf vorerst unabsehbare Zeit andauern werde. Die Gewährung des Selbstbestimmungsrechts für das ganze deutsche Volk blieb zwar das langfristige Ziel, das Nahziel aber sollte der Zusammenhalt der beiden nun als selbständige Staaten apostrophierten Teile Deutschlands sein. Um dies zu erreichen, wurde eine Strategie der sich gegenseitig bedingenden Zugeständnisse entworfen, verbunden mit geregelten Beziehungen zur DDR. Die neue Bundesregierung wollte der Anerkennung der DDR durch Drittländer keine Hindernisse mehr in den Weg legen, wenn die DDR-Führung zur Aufnahme von Beziehungen besonderer Art zu Bonn bereit sein sollte.<sup>9</sup>

Gegenüber der Sowjetunion bedeutete die neue deutschland- und ostpolitische Konzeption, dass nach der Unterzeichnung des Atomsperrvertrags durch die Bundesrepublik Verhandlungen über gegenseitigen Gewaltverzicht aufgenommen werden sollten. Bonn erhoffte sich davon den ausdrücklichen sowjetischen Verzicht auf das in der UN-Charta verbrieftete Interventionsrecht gegenüber Deutschland »und außerdem die psychologisch und politisch wichtige offizielle Erklärung Moskaus, dass die Bundesrepublik keine Politik des ›Revisionismus‹ und ›Revanchismus‹ betreibe.«<sup>10</sup> Polen gegenüber war Bonn zu einer Grenzformel im Rahmen eines Gewaltverzichtsabkommens bereit, ohne aber die endgültige Regelung eines Friedensvertrags zu präjudizieren.

In einem Vortrag vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik erklärte Außenminister Scheel am 28. Januar 1970, dass der ostpolitische Dialog, »wie es den machtpolitischen Größenordnungen entspricht«, zunächst mit Moskau aufgenommen worden sei. Scheels einleitende Bemerkungen rufen in Erinnerung, dass die Frage der Prioritäten bzw. der praktischen Reihenfolge bei der Entwicklung der Beziehungen zu den Staaten des Ostens seit den Anfängen der Bonner Osteuropapolitik in den Fünfzigerjahren immer wieder Gegenstand konzeptioneller Überlegungen gewesen ist. Offensichtlich gab es angesichts der neuen Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel bei den Entscheidungsträgern der SPD-FDP-Koalition anfangs konzeptionelle Meinungsverschiedenheiten über die zeitliche Reihenfolge der einzelnen Gesprächsinitiativen gegenüber den osteuropäischen Staaten.

Mit ihrer ostpolitischen Strategie wollten Brandt und Scheel jeden Verdacht zerstreuen, die Entspannungspolitik der Bundesregierung ziele darauf, die Hegemonialrolle der Sowjetunion in Frage zu stellen. Erfahrungen der ostpolitischen Entscheidungsträger in Bonn aus der Zeit der Schröderschen ›Politik der Bewegung‹ und aus der Anfangsphase der Ostpolitik der Großen Koalition spielten hier sicher eine Rolle. Damals hatte die Sowjetunion negativ auf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Rumänien reagiert.

#### IV. OSTVERTRAGSPOLITIK ALS REALPOLITIK MIT VERÄNDERUNGSPOTENZIAL

Der Vertragsabschluss mit Polen, der nach der Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Vertrags am 12. August 1970 die Beziehungen zu ganz Osteuropa öffnete, war Teil einer Realpolitik in Zeiten der Entspannung; einer Realpolitik, die aus der Erfolglosigkeit einer

<sup>9</sup> Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 132, 29.10.1969, S. 1122 f.

<sup>10</sup> Hans-Adolf Jacobsen, Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen 1949–1975, in: Wolfgang Jacobmeyer (Red.), Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen bis zur Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (Helsinki 1975), Braunschweig 1987, S. 51.

Politik der direkten Überwindung des politischen und territorialen Status quo die Konsequenz zog, über einen geregelten Modus vivendi mit den kommunistischen Staaten die langfristigen Ziele der Deutschlandpolitik nicht endgültig aufzugeben, aber den deutschen Sonderkonflikt, der die Bundesrepublik in eine Außenseiterposition innerhalb des westlichen Bündnisses abdrängen drohte, so abzumildern, dass sie sich im Hauptstrom westlicher Entspannungspolitik bewegen und zugleich ihren Handlungsspielraum in Osteuropa beträchtlich erweitern konnte. Diese Realpolitik wich, was die Finalität politischen Handelns betraf, in einem entscheidenden Punkt von der bisherigen Deutschland- und Ostpolitik ab: Der endgültige Verzicht auch eines vereinigten Deutschland auf die ehemaligen deutschen Ostprovinzen war in der neuen Ostvertragspolitik politisch intendiert, auch wenn der gesamtdeutsche Souverän nach dem Willen der sozial-liberalen Bundesregierung nicht gebunden werden sollte und in Anbetracht der Vier-Mächte-Verantwortung für Deutschland gar nicht gebunden werden konnte.

Bereits in den Fünfzigerjahren von Politikern und Diplomaten wie Carlo Schmid<sup>11</sup>, Karl Georg Pfeleiderer, Heinrich von Brentano<sup>12</sup>, Georg Ferdinand Duckwitz oder Albrecht von Kessel<sup>13</sup> angedacht, konnte diese Politik jetzt aufgrund vergrößerter innen- und außenpolitischer Handlungsspielräume erfolgreich verfolgt werden.

Ungeachtet der außenpolitisch zwingenden Anerkennung der Grenze war es aus normativen und innenpolitischen Gründen geboten, Polen einen Preis für den Artikel 1 abzuverlangen, den einzufordern eine deutsche Regierung nicht gezwungen gewesen wäre, wäre Polen seinerzeit eine Demokratie mit einklagbaren Menschen- und Bürgerrechten gewesen. So aber musste die Bundesrepublik den ›humanitären Fragen‹ in den Verhandlungen mit Polen politisch ein vergleichbares Gewicht einräumen wie Polen der Anerkennung der Grenze. Das war natürlich eine völlig unbefriedigende Situation, die eine deutsche Regierung angesichts der prinzipiellen Haltung der damaligen polnischen Führung in der deutschen Minderheitsproblematik kaum ändern konnte. Die politische Kultur des Systems, diktiert von der pseudonational legitimierten kommunistischen Arbeiterpartei und stark beeinflusst von der nationalpolnisch-katholischen Kirche, verbot eine Anerkennung der deutschen Minderheit.<sup>14</sup> Die Bonner Verhandlungsführer veranlassten die polnischen Gesprächspartner somit zu dem blamablen Eingeständnis, dass es in Polen eine Menschengruppe – immerhin »einige Zehntausend Personen«<sup>15</sup> – gab, die es offiziell gar nicht mehr geben sollte. Es ist demzufolge nicht verwunderlich, dass die polnischen Behörden die Information im Lande lange Zeit nicht veröffentlichen ließen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hatte schon am 25. November 1970 ihre Bedenken gegen den Warschauer Vertrag in einem ›Polen-Papier‹ ausgearbeitet. Darin wurde auf die freie Selbstbestimmung des deutschen Volkes hingewiesen und eine endgültige friedensvertragliche Regelung für ganz Deutschland gefordert. In Leitlinie IV wurde sogar der Entwurf eines derartigen Vertrags vorgelegt, der folgende Punkte umfassen sollte: a) völkerrechtlich verbindliche Verpflichtung zur Regelung aller Streitfragen mit ausschließlich friedlichen Mitteln; insbesondere ein Verzicht zur Zeit und künftig auf jegliche An-

<sup>11</sup> Vgl. ausführlich dazu Petra Weber, Carlo Schmidt 1896–1979. Eine Biographie, München 1996, S. 593 ff., 736 ff.

<sup>12</sup> Daniel Kosthorst, Brentano und die deutsche Einheit. Die Deutschland- und Ostpolitik des Außenministers im Kabinett Adenauer 1955–1961, Düsseldorf 1993.

<sup>13</sup> Harald Vocke, Albrecht von Kessel. Als Diplomat für Versöhnung mit Osteuropa, Freiburg/Breisgau etc. 2000.

<sup>14</sup> Siehe Jan Barcz (Hrsg.), Prawno-polityczne aspekty tezy o rzekomej niemieckiej mniejszości narodowej w Polsce [Rechtspolitische Aspekte der These von der angeblichen deutschen nationalen Minderheit in Polen], Warszawa 1986.

<sup>15</sup> Information der Regierung der Volksrepublik Polen, in: Bulletin, 171, 8.12.1970, S. 1817.

wendung von Gewalt zur Änderung des gegenwärtigen territorialen Besitzstands Polens; b) konkrete Regelungen mit dem Ziel der formellen und materiellen Sicherung der Menschen- und Gruppenrechte in beiden Staaten; c) die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen, in deren Rahmen die Bundesrepublik Deutschland auch West-Berlin vertritt; d) freie Begegnung der Menschen aus allen Volksschichten, Schaffung eines deutsch-polnischen Jugendwerks; e) verstärkter Austausch auf den Gebieten Kultur, Kunst und Wissenschaft; Erweiterung des Handels und des wirtschaftlichen Austauschs der beiden Völker und Vertiefung der technologischen und wirtschaftlichen Kooperation.<sup>16</sup>

Es bleibt festzuhalten, dass das dramatische Ringen um die Ratifizierung der Ostverträge und die interpretierende Entschlüsselung die Sowjetunion (in Gestalt des sowjetischen Botschafters Valentin Falin) als Adressaten und schließlich auch als Diskussionspartner hatten. Wie schon bei der Aushandlung der Verträge war der machtpolitische Vorrang der Sowjetunion zu respektieren, wenn Bonn seine ostpolitische Initiative erhalten wollte. Diese realpolitische Vorgabe des *ius primae noctis* für den sowjetischen Parteiführer wurde in der Politik gegenüber Osteuropa von allen westlichen Regierungen wie selbstverständlich akzeptiert und war nicht Ausdruck besonderer Bonner Beflissenheit gegenüber Moskau. Die Einhaltung der Reihenfolge musste freilich bei dem Akteur am stärksten auffallen, der ostpolitisch am aktivsten war – nach den Vereinigten Staaten – und das war nun einmal der westdeutsche Staat.

#### V. REALISTISCHE ENTSPANNUNGSPOLITIK

In der Regierungserklärung, die Bundeskanzler Schmidt am 17. Mai 1974 unter den Leitworten »Kontinuität und Konzentration« abgab, betonte er, dass sich die Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik nicht ändern werde.

Die realistische Entspannungspolitik der SPD/FDP-Bundesregierung mit dem neuen liberalen Außenminister Hans-Dietrich Genscher konfrontierte die polnische Partei- und Staatsführung mit den westdeutschen Vorstellungen von Wirtschafts- und Finanzpolitik, die unter Schmidt mehr als jemals zuvor in der Nachkriegszeit zum Katalysator eines bemerkenswerten deutschen Engagements in Mittel- und Osteuropa wurde.<sup>17</sup>

Das in der Détente-Phase praktizierte Osteuropakonzept der Regierung Schmidt/Genscher war umfassend. Der Ausbau ökonomischer und kultureller Verbindungen und Bemühungen um Rüstungskontrolle gehörten zusammen. Man wollte langfristige Interessenverflechtungen schaffen und so die politische Zusammenarbeit absichern.<sup>18</sup> Es ging um die Stärkung der osteuropäischen Volkswirtschaften als Fundament für größere politische Selbständigkeit und innere Liberalisierung. Paradoxerweise und gegen die Intention der Protagonisten sollte aber gerade das deutsche wirtschaftliche und finanzpolitische Engagement in Polen in der zweiten Hälfte der Gierék-Ära wesentlich dazu beitragen, die Dysfunktionalität der zentralen Verwaltungswirtschaft unter Beweis zu stellen und den Nährboden für die systemsprengende *Solidarność*-Bewegung zu schaffen. Erst mit dem Auftreten eines Sowjetführers, der mit fast traumwandlerischer Unsicherheit über das, was er in seinem Imperium und in seinem Lager verursachte, die Liberalisierungs- und

16 Christian Hacke, Weltmacht wider Willen. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1988, S. 194.

17 Siehe Werner Link, Außen- und Deutschlandpolitik in der Ära Schmidt 1974–1982, in: Wolfgang Jäger/Werner Link (Hrsg.), Republik im Wandel 1974–1982. Die Ära Schmidt, Stuttgart/Mannheim 1987, S. 275–432, hier: S. 306. – Vgl. dazu ausführlich den Beitrag von Karl-Heinz Schlarp in diesem Band.

18 Siehe ebd., S. 308.

Demokratisierungsbestrebungen in den kleineren Warschauer-Pakt-Staaten freisetzte, die die heimischen Parteiführungen so sehr fürchteten, sollte in der zweiten Hälfte der Achtzigerjahre für die bundesdeutsche Ostpolitik eine Entlastung geschaffen werden. Das Dilemma der Realpolitik verlor an Schärfe, und die Idee des »gemeinsamen europäischen Hauses« eröffnete auch den Freiheitskräften in Ostmitteleuropa neue Perspektiven.

Vorerst ging es aber noch um anderes. Den deutschen Auftrag zur »tätigen Solidarität« bezog Helmut Schmidt aus der Geschichte und aus der Geografie. Wie schon für seine Vorgänger waren für Schmidt Osteuropapolitik und Westeuropapolitik aufeinander bezogen, sollte damit die Erreichung des langfristigen Ziels einer gesamteuropäischen Friedensordnung erleichtert werden. Die KSZE bot den institutionellen Rahmen zur Einübung von multilateraler Kooperation zwischen den beiden Blöcken, wobei ein Netzwerk bilateraler ökonomischer und kultureller Verbindungen zu einer weiteren Verdichtung der blöckeübergreifenden Kooperationsstrukturen beitragen sollte. Am Ende des Jahrzehnts sollte sich aber gerade an dem Beispiel Polen erweisen, dass das Konzept die Frage unbeantwortet ließ, was geschehen sollte, wenn die realsozialistischen Systeme sich als nicht in der Lage erweisen würden, die systemfremden Einflüsse aus dem Westen (wirtschaftspolitischer, finanzpolitischer und ideologischer Art) zur Reform/Systemtransformation von oben zu nutzen. Das Dilemma der herkömmlichen Osteuropapolitik musste seit der zweiten Hälfte der Siebzigerjahre (z. B. mit dem Auftreten der *Charta 77* in der Tschechoslowakei), spätestens aber am Beginn der Achtzigerjahre mit dem Auftreten der Massenbewegung *Solidarność* zwangsläufig thematisiert werden.

Der Verlauf der deutsch-polnischen Verhandlungen im Sommer 1975 über kontroverse Fragen (Regelungen über pauschale Abgeltung von Rentenansprüchen, Familienzusammenführung, Finanzkredit) wurde unzweifelhaft vom Geist von Helsinki getragen. Der Entspannungsidee konnten sich die Regierenden in Bonn und Warschau kaum verweigern, wenn sie sich nicht von West und Ost als internationale Quertreiber gebrandmarkt sehen wollten. Und doch ist die Frage erlaubt, wer auf mittlere und längere Sicht von den Vereinbarungen von Helsinki mehr profitierte. Die Frage betrifft sowohl die Ostpolitik als auch die Schlussakte von Helsinki, die von den Warschauer-Pakt-Staaten als die multilaterale Absegnung des politisch-territorialen Status quo und der status-quo-orientierten Passagen der bundesdeutschen Deutschland- und Ostverträge gefeiert wurde, als ein »Super-Potsdam« also. Eines lässt sich in diesem Kontext mit Blick auf die Ostpolitik und die Vereinbarungen von 1970 und 1975 eindeutig feststellen: Die den Status quo überschreitende westdeutsche Argumentation – mag sie in den Siebzigerjahren auch eher Alibifunktion gehabt haben, oder verhalten defensiv-spekulativ ins Diskussionsfeld geführt worden sein – setzte sich gegenüber der status-quo-orientierten und statisch argumentierenden kommunistischen Position durch.

Die Bundesregierung konnte von einem geradezu überlebenswichtigen Interesse der Gierék-Equipe am Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen mit der Bundesrepublik und an der finanziellen Unterstützung für die politbürokratischen Projekte der industriellen Modernisierung Polens ausgehen, die bereits Mitte der Siebzigerjahre im Strudel der Verschuldung Polens zu scheitern drohten.

Die krisenhaften Entwicklungen in Polen boten nicht zuletzt der parlamentarischen Opposition in Bonn Gelegenheit zur Polemik mit der Bundesregierung. So richtete der Präsident des Bundes der Vertriebenen und CDU-Abgeordnete Herbert Czaja heftige Angriffe an die Adresse der polnischen Führung. Er sprach in einem Zeitungsbeitrag ein wirkliches Problem an, zog jedoch die falschen Schlussfolgerungen. Czaja wies auf die mangelnde demokratische Legitimation der PVAP-Führung und die mangelnde nationale Souveränität Polens hin. Soeben war die neue polnische Verfassung verabschiedet worden, die sowohl die Herrschaft der Kommunisten als auch den Internationalismus noch tiefer verankerte als die erste volksdemokratische Verfassung von 1952. Czaja zog daraus den Schluss,

dass die Bundesregierung Verständigung mit einer Führung suche, die nicht das polnische Volk und seinen Freiheitswillen repräsentiere.<sup>19</sup>

Czaja rührte hier an ein Problem, vor dem die westlichen Demokratien in ihrem Verhältnis zu den sozialistischen Staaten grundsätzlich standen und das sie nicht lösen konnten. Erst mit dem Aufkommen der Demokratiebewegungen in den Achtzigerjahren in Ostmitteleuropa und insbesondere in Polen wurde es zu einem Dilemma der operativen Politik, das insbesondere die Ostpolitik der Bundesrepublik betraf. Bis Ende der Siebzigerjahre war das Fehlen einer konkreten Alternative der Trumpf der Realisten und die Schwäche der Argumentation, wie sie von Czaja angebracht wurde. Vor allem ging er fehl in der Annahme, mit authentischen Vertretern des polnischen Volkes gebe es noch etwas über die Oder-Neiße-Grenze zu verhandeln. Gerade in der Grenzfrage konnten die polnischen Kommunisten seit Beginn ihrer Herrschaft mit der Solidarität der Bevölkerung rechnen.

Allerdings ergab sich im Zusammenhang mit dem Giersek-Besuch in Bonn im Juni 1976 zum dritten Mal in der Geschichte der bundesdeutsch-polnischen Beziehungen seit 1949 eine relativ günstige Verhandlungsposition Bonns gegenüber Polen. Die Bundesregierung konnte damit zugleich ungewollt zur Stabilisierung einer polnischen Parteiführung beitragen. Die Gunst der Stunde bestand in der Schwäche des herrschenden Parteigruppierung (Gomułka 1969/70, Giersek 1975/76), bzw. in einem besonderen Legitimationsbedürfnis (Gomułka 1957/58). In diesen Phasen konnte die jeweilige Bundesregierung mit einem polnischen Entgegenkommen rechnen, das in Perioden der Stärke des Regimes weniger ausgeprägt war. Einmal hatte die Bundesregierung die Chance nicht genutzt. Das war in den ersten zwei Jahren nach der Rückkehr Gomułkas an die Macht. In der Agonie der Ära Gomułka gab der Wunsch der polnischen Führung nach außen- und deutschlandpolitischer Entlastung und westdeutscher Wirtschaftshilfe der Bundesregierung die Gelegenheit, die Beziehungen mit Warschau zu normalisieren, ohne die Essentials der bundesdeutschen Deutschlandpolitik aufzugeben. Gleichzeitig ging Bonn aber das Risiko ein, die Herrschaft des Gomułka-Regimes mit einer auch von Gomułka als außenpolitischer Erfolg deklarierten Westdeutschlandpolitik zu verlängern. Da für die Bonner Polenpolitik freilich deutsche Interessen Priorität besaßen, und nicht mögliche Auswirkungen auf innerparteiliche Machtkämpfe in Polen, konnte eine solche Eventualität nicht verhandlungsbestimmend sein. Gomułkas politisches Schicksal entschied sich jedoch nicht an der Außenpolitik, sondern am Primat der Innenpolitik. Und jetzt, im Frühjahr 1976, versuchte Giersek, die dramatische Zuspitzung der Wirtschaftslage und eine drastische Korrektur der Preispolitik durch einen außenpolitischen Erfolg zu überspielen und innenpolitisch Punkte zu machen.

Die innenpolitische Entwicklung in Polen hatte nach alledem keinen direkten Einfluss auf die Polenpolitik der sozial-liberalen Bundesregierung. Weder die abnehmende Zuverlässigkeit des polnischen Partners, insbesondere im Bereich von Wirtschaft und Finanzen, noch die allmähliche, aber deutliche Erosion der innenpolitischen Machtbasis und Legitimation der PVAP-Führung in den letzten Jahren der Giersek-Ära zogen größere politische Zurückhaltung der Bundesregierung nach sich. Die persönliche Sympathie von Helmut Schmidt für seinen Gesprächspartner Edward Giersek gehörte zu den besonderen subjektiven Faktoren, die die Polenpolitik der SPD-FDP-Bundesregierung bis zum Regierungswechsel 1982 bestimmten.

Ein dauerhaftes Erstarren der demokratischen Oppositionsbewegung nach 1976 wurde weder von der Bundesregierung noch von der parlamentarischen Opposition ins Kalkül gezogen, und somit die Legitimierung der Adressaten westdeutscher Polenpolitik nicht

19 Siehe *Herbert Czaja* in: Erklärungen zur Deutschlandpolitik. Eine Dokumentation von Stellungnahmen, Reden und Entschließungen des Bundes der Vertriebenen, Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände. Teil II: 1973–1978, Bonn 1986, S. 203–207.

sichtbar reflektiert. Noch viel weniger wurden in Bonn neue Sichtweisen des deutsch-polnischen Verhältnisses innerhalb der polnischen Oppositionsbewegung wahrgenommen. Weder die Politik noch die Medien in der Bundesrepublik würdigten – von wenigen Ausnahmen abgesehen<sup>20</sup> – die Deutschland-Dokumente der »Polnischen Verständigung für Unabhängigkeit« (PPN).<sup>21</sup> Es handelte sich um einen kleinen Oppositionszirkel, dem prominente Persönlichkeiten angehörten, wie Gustaw Herling-Grudziński, Leszek Kołakowski, Zdzisław Najder, Jan Olszewski, Jan Józef Szczepański und Jerzy Holzer.<sup>22</sup> Die alternativen Vorstellungen über polnisch-deutsche Beziehungen, wie sie von PPN Ende der Siebzigerjahre formuliert wurden, waren noch kein Allgemeingut der sich formierenden demokratischen Oppositionsbewegungen.

Parteichef Giersek suchte inmitten der anbrechenden Streikwelle im Sommer 1980 im deutschen Bundeskanzler einen Nothelfer und erhoffte Bonner Hilfszusagen zur innenpolitischen Entlastung. Der für den 19. August 1980 geplante Besuch Gierseks beim Bundeskanzler in Hamburg wurde auf Wunsch des polnischen Parteichefs »verschoben« und kam dann nicht mehr zustande.<sup>23</sup>

## VI. STABILISIERUNGSPOLITIK IN ZEITEN DES WANDELS

Der »polnische Sommer« des Jahres 1980 kündigte einen Paradigmenwechsel der europäischen Politik an, der bei Ausbruch der Streikbewegung und Gründung der ersten unabhängigen Gewerkschaft im sozialistischen Lager, der *Solidarność*, noch nicht abzusehen war. Dass Polen damit auch indirekt einen entscheidenden Beitrag für einen Paradigmenwechsel in den deutsch-polnischen Beziehungen leisten würde, der mit einer Verschiebung von neun Jahren 1989 stattfand, war 1980 ebenso wenig abzusehen. Seinerzeit brachte die politische und gesellschaftliche Gärung in Polen die Grundmuster etablierter gesamteuropäischer Politik, die Philosophie der Entspannungspolitik als Stabilitätspolitik, durcheinander. Die bundesdeutsche Ostpolitik hatte eingedenk des deutsch-deutschen Sonderkonflikts und der Modus-vivendi-Regelung in der Ostgrenzfrage noch stärker als die westlichen Verbündeten darauf gesetzt, über ein dichtes Netz von Kontakten mit den kommunistischen Staatsführungen und eine neue Qualität von Ost-West-Beziehungen, insbesondere deutsch-deutscher Beziehungen, den seinerzeit unabsehbaren Zeitraum bis zur Etablierung einer neuen europäischen Friedensordnung zu überbrücken und zugleich die ost-europäischen KP-Parteiführungen zur Liberalisierung ihres innenpolitischen Kurses zu ermuntern. Mit demokratischen Bewegungen von unten in den kommunistisch regierten Ländern hatten weder die westeuropäischen noch die deutschen Entspannungspolitiker gerechnet. Entsprechende Versuche der Systemveränderung von unten wie 1953 in Ost-Berlin und anderen Städten in der DDR, 1956 in Ungarn sowie 1968 in Prag waren alle völlig gescheitert.

Seit den denkwürdigen Entwicklungen in Polen im Sommer 1980 und dem Sprung des Arbeiters Lech Wałęsa über den Zaun der bestreikten Danziger Lenin-Werft rangen »rea-

20 Siehe Polen: Keine Feinde kultivieren, in: Die Zeit, 14.7.1978.

21 Siehe Polen und Deutschland. Gedanken polnischer Oppositioneller zur deutschen Wiedervereinigung, in: Osteuropa 2 (1979), S. A1101–A1105.

22 Siehe *Dariusz Cecuda*, Leksykon opozycji politycznej 1976–1989 [Lexikon der politischen Opposition 1976–1989], Warszawa 1989, S. 81 f.

23 *Jerzy Maćków*, Die Entspannungspolitik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Entwicklung in Polen in den siebziger und achtziger Jahren, in: Zeitschrift für Politik 4 (1993), S. 372–392, hier S. 378; vgl. *Johann Georg Reißmüller*, Ein Stück zu regimereif, in: FAZ, 27.8.1980.

listische« und »idealistische« Vorstellungen von Politik über sieben Jahre (bis zur Diskussion über einen polnischen »Runden Tisch« im Frühjahr 1988) miteinander, wie es seit Beginn des Kalten Kriegs Ende der Vierzigerjahre nicht mehr der Fall gewesen war. Von entscheidender Bedeutung war nach dem zeitweisen Niederringen der *Solidarność*-Bewegung in der ersten Hälfte der Achtzigerjahre das, was sich ab 1985/86 unter dem neuen KPdSU-Generalsekretär Gorbatschow in der Sowjetunion unter dem Stichwort *glasnost* und *perestrojka* abspielte und bald auch in den Beziehungen zwischen Moskau und den osteuropäischen Parteiführungen Wirkung zeigte. Diese wurden in eine größere Souveränität entlassen, deren Folgen sich eine Parteiführung nach der anderen immer weniger gewachsen zeigen sollte.

Die Bonner Ost- und Deutschlandpolitik wurde durch die Geschehnisse in der Sowjetunion und in deren Hegemonialbereich mehr als jede andere westeuropäische Ostpolitik herausgefordert, die Philosophie der gesamten Entspannungspolitik der Siebzigerjahre wurde auf die Probe gestellt. Die Protagonisten der klassischen Entspannungspolitik konstruierten seinerzeit einen Antagonismus von Realpolitik und idealistischer Politik. Dabei gab es schon 1980/81 genügend Anlass, sich zu fragen, ob da nicht falsche Alternativen gegenübergestellt wurden, wobei ehrlicherweise zuzugeben ist, dass der Erfolg der »Romantiker« im Völkerfrühling 1989 nicht vorhersehbar war.<sup>24</sup>

Die Reaktion der Bundesregierung auf die Protestbewegung in Polen war »extrem defensiv und blieb weiterhin kritisch«,<sup>25</sup> denn die polnische Freiheitsbewegung übte einen unmittelbar negativen Einfluss auf die deutsch-deutschen Beziehungen aus. Bundeskanzler Schmidt sah sich gezwungen, seinen für August 1980 geplanten DDR-Besuch abzusagen. Die polnische Entwicklung stellte die Theorie der Ostpolitik in Frage und bedrohte konkret deren praktische Umsetzung. Deutsche Realpolitiker konnten sich nicht vorstellen, dass das *Solidarność*-Experiment glücken könnte. Garton Ash brachte den Konflikt auf den Punkt:

»Man verglich die »Realitätsferne« der Polen um Lech Wałęsa mit der »realistischen« deutsch-deutschen Politik – wobei der konstitutive Teil der »Realität« die Rote Armee war. Die Verhängung des Kriegsrechts in Polen schien diese nüchterne Beweisführung nur noch zu erhärten. [...] Was also gebraucht wurde, war keine Revolution von unten, sondern eine Reform von oben.«<sup>26</sup>

Garton Ash bezeichnete das grundsätzliche politische Missverständnis zwischen Deutschen und Polen am Anfang der Achtzigerjahre als die letzte Runde des großen mitteleuropäischen Disputes zwischen »Realismus« und »Idealismus«. Da standen die Führer von *Solidarność* in Polen in der romantischen oder idealistischen Tradition, wenn gleich in einer modernen und vorsichtig moderierten Form und mit entschiedener Ablehnung jeglicher Gewalt. In erster Tradition – auch in moderner, umsichtiger Form und prinzipielle Standpunkte, soweit sie den eigenen Staat betrafen, auch verteidigend – standen die Architekten der Ostpolitik. Sie vertraten explizit den »Realismus« – einen »deutschen Realismus«, wie Brandt es formulierte.<sup>27</sup> Aber wer war, langfristig gesehen, realistischer?<sup>28</sup> Die Antwort auf die rhetorische Frage fällt *ex post* naturgemäß viel leichter, als sie 1980 oder 1981 hätte gegeben werden können.<sup>29</sup>

24 Besonders kritisch *Maćków*, S. 372–392.

25 *Garton Ash*, S. 268; vgl. auch kritisch *Reißmüller*.

26 *Garton Ash*, S. 268.

27 In der Debatte über den Grundlagenvertrag mit der DDR am 11.5.1973. Siehe Texte zur Deutschlandpolitik, Bd. 12: 18. Januar 1973 – 20. Juni 1973, Bonn 1973, S. 523–531, hier: S. 526.

28 *Garton Ash*, S. 271.

29 Bahr gesteht in seinen Erinnerungen den Irrtum mit folgenden Worten ein: »Wir trauten *Solidarność* nicht das Augenmaß zu, die Sehne nicht zu überspannen. Das war ebenso falsch wie

Den politischen Akteuren in Bonn war zugute zu halten, dass sie mit dem Aufkommen der *Solidarność* und der tödlichen Herausforderung für den Realsozialismus in Gestalt einer Doppelherrschaft (kommunistische Hegemonialpartei – parteiunabhängige Gewerkschaft) die komplizierte Struktur von deutscher Deutschland- und Ostpolitik sowie europäischer Entspannungspolitik in Gefahr sahen, ohne dass sich eine alternative konfliktsteuernde und konfliktmindernde Politik am Horizont abzeichnete. Das war ein sehr schwer wiegendes Argument.

Diese spezifische deutsche Komponente westlicher Ostpolitik mit der DDR-Bevölkerung als Geisel im Détente-Poker war den Bonner Akteuren bewusst. Was aber erst durch den zeitlichen Abstand und den Zusammenbruch des sozialistischen Lagers sehr viel deutlicher wird, ist der innere Widerspruch der Entspannungspolitik, der von den Protagonisten seinerzeit kaum gesehen werden wollte. »Westdeutsche Politiker waren derart mit ihrem eigenen »konstitutiven Doppelkonflikt« mit dem Osten beschäftigt – dem allgemein westlichen und dem spezifisch nationalen –, dass sie kaum Zeit hatten, sich um den konstitutiven Doppelkonflikt der Osteuropäer zu kümmern – von Staaten mit einem imperialen Zentrum, aber auch von der jeweiligen Gesellschaft mit dem (Partei)Staat. Tatsächlich wurde dieser Konflikt von der sozial-liberalen Ostpolitik kaum wahrgenommen.«<sup>30</sup> Garton Ash bezeichnete das Konzept der Ostpolitik mit Blick auf den politisch-gesellschaftlichen Doppelkonflikt als eine »verhaltenspsychologische Geheimrezeptur«, die Egon Bahr zuerst mit dem Slogan »Wandel durch Annäherung« umschrieben habe, Josef Joffe später »Entspannung durch Besänftigung« und Garton Ash wiederum »Liberalisierung durch Stabilisierung« nannte.<sup>31</sup>

Tatsächlich hatte aber diese ostpolitische »Langzeitstrategie von bewusster Indirektheit«<sup>32</sup> ihre Wirkung erzielt. Helsinki hatte zur Stärkung der demokratischen Bewegung in Osteuropa beigetragen. Und wenn sich in den Memoiren der *Solidarność*-Hauptakteure nur flüchtige Hinweise auf internationale Faktoren und insbesondere auf den Einfluss des KSZE-Prozesses finden, dann ist das kein Beweis gegen diese Einflüsse, sondern auch eine Frage der subjektiven Wahrnehmung, der gedanklichen Kategorien und des politischen Horizonts. Einer der wenigen, die den KSZE-Prozess in seiner Binnenwirkung gewichtete, war Władysław Bartoszewski in seinen jüngst erschienenen politischen Aufzeichnungen.<sup>33</sup>

Noch im August 1980 hatte Bundeskanzler Schmidt vorgehabt, Polen mit neuen Krediten zu versorgen. Immerhin hatte die Bundesregierung bereits die Bürgschaft für einen Teil des in Bankenkreisen damals schon umstrittenen Kredits (1,2 Mrd. DM, davon 800 Mio. DM ungebunden) für die Warschauer Regierung übernommen.

Über das freundschaftliche Verhältnis von Bundeskanzler Helmut Schmidt zum polnischen Parteichef Gierek ist nach dessen Sturz noch lange spekuliert worden, zumal Schmidt den zurückgezogen, in Oberschlesien lebenden Pensionär Gierek noch in der zweiten Hälfte der Achtzigerjahre während einer Privatreise nach Polen aufsuchte. Die

die Annahme, daß ein kommunistisch regiertes Land im Block nicht von unten, sondern nur von oben veränderbar sei. [...] Wir haben *Solidarność* unterschätzt und nicht ernst genug genommen. [...] Das tut mir leid.« Bahr, S. 343 f. Ähnlich E. Bahr zuletzt im Interview für die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 16.1.2005: »Ich habe die Fähigkeit der Polen unterschätzt, eine richtige Einschätzung dessen zu haben, was man den Sowjets zumuten kann und was nicht.«

30 *Garton Ash*, S. 412.

31 Ebd.

32 Ebd., S. 417.

33 *Władysław Bartoszewski*, Und reiße uns den Hass aus der Seele. Die schwierige Aussöhnung von Polen und Deutschen, Warschau 2005, S. 141 ff.

›Männerfreundschaft‹ Schmidt – Gierek belegte jedenfalls den Einfluss der ›Chemie‹ zwischen Politikern auf die Entwicklung von politischen Beziehungen.<sup>34</sup>

So war es nicht weiter verwunderlich, dass die erste Reaktion Bonns auf die Vorgänge in Polen sich in Zurückhaltung äußerte. Die Bundesregierung verstand dies als Strategie, eine Verschärfung der Lage durch alles zu vermeiden, was als Einmischung in innere Angelegenheiten Polens hätte missdeutet werden können, wie Regierungssprecher Grünewald am 19. August 1980 verlauten ließ.<sup>35</sup>

Für beide Regierungsparteien galt gleichermaßen, dass durch die politische Eruption in Polen die Entspannungspolitik nicht zunichte gemacht werden sollte. Politischer Wandel musste kontrollierbar bleiben und mit Zustimmung der Sowjetunion erfolgen. Auf der KSZE-Folgekonferenz in Madrid warnte Außenminister Genscher am 13. November 1980 erstmals die sowjetische Führung mit Blick auf Polen: »Jeder muss wissen: das gilt für die Missachtung der Souveränität jedes Landes außerhalb Europas und in Europa, es gilt für jedes Land unabhängig davon, welche Staats- und Gesellschaftsordnung es hat, unabhängig davon, ob es einem Paktsystem angehört oder nicht.«<sup>36</sup>

Der friedliche Fortgang der politisch-sozialen Reformen in Polen ohne gewaltsame Lösung im Inneren oder Intervention von außen lag im vitalen Interesse der Bundesrepublik, wegen des deutsch-deutschen Sonderkonflikts mehr noch als bei den westlichen Verbündeten. Der Vorstellung des Bundeskanzlers und seiner Regierung von friedenspolitischer Klugheit entsprach es, dem Verdacht lautstarker Einmischung in die Vorgänge in Polen zu entgehen. Des Kanzlers Hauptsorge war, dass er nach einem Eingreifen von UdSSR und DDR in Polen handlungsunfähig und eine Ostpolitik danach nicht mehr möglich sein würde.<sup>37</sup>

Als Außenminister Genscher auf dem Höhepunkt der Bromberger Krise<sup>38</sup> am 19./20. März 1981 Polen besuchte, rief er zu einer Politik der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten auf. Diese Aussage richtete sich an die anderen Warschauer-Pakt-Staaten, deren Intervention – so Genscher zu Jaruzelski – »eine andere Reaktion hervorrufen würde, als das noch in den vierziger, fünfziger und sechziger Jahren bei solchen Aktionen der Fall gewesen war.«<sup>39</sup> Zur Stabilisierung der Situation versprach Genscher Warschau Kreditgarantien in Höhe von 150 Mio. DM für den Kauf von Rohstoffen, Halbfertigprodukten und Nahrungsmitteln.<sup>40</sup>

Den herausgehobenen Stellenwert Polens in seiner Politik belegte Bundeskanzler Schmidt in jenem Frühjahr 1981 mit dem bemerkenswerten Hinweis im Kabinett, dass die Bundesregierung die Hilfe für Polen »im Geiste der Bergpredigt« fortsetzen werde.

34 Helmut Schmidt, Die Deutschen und ihre Nachbarn. Menschen und Mächte II, Berlin 1990, S. 481.

35 FAZ, 21.8.1980.

36 Hermann Volle/Wolfgang Wagner, Das Madrider KSZE-Folgetreffen. Der Fortgang des KSZE-Prozesses in Europa. Beiträge und Dokumente aus dem Europa-Archiv, Bonn 1984, S. 148.

37 Über die Haltung Schmidts in der Polen-Krise ist in Deutschland eine heftige Kontroverse zwischen den Herausgebern der SED-Dokumente zur Polen-Krise und dem ehemaligen Bundeskanzler entbrannt. Literaturhinweise und Quellenbelege dazu in: Michael Kubina/Manfired Wilke (Hrsg.), Hart und kompromisslos durchgreifen. Die SED contra Polen 1980/81. Geheimakten der SED-Führung über die Unterdrückung der polnischen Demokratiebewegung, Berlin 1995, S. 11 f., Anm. 10 und 11.

38 In Bromberg (Bydgoszcz) war es nach der Besetzung des Nationalratsgebäudes zu einer Konfrontation zwischen der Solidarność der Bauern und der Staatsmacht, zu Ultimaten, der Drohung mit dem Ausnahmezustand und Hinweisen auf eine unmittelbar bevorstehende sowjetische Intervention gekommen.

39 Hans-Dietrich Genscher, Erinnerungen, Berlin 1995, S. 267.

40 Siehe FAZ, 18.3.1981; SZ, 20.3.1981.

Diese Hilfe der Bundesregierung sei jedoch nicht nur eine Frage des moralischen Impulses, sondern liege auch im eigenen Interesse. Die deutsche Bevölkerung müsse sich dessen bewusst sein, dass eine Katastrophe in Polen erhebliche negative Folgen, auch wirtschaftliche, für die Bundesrepublik haben würde.<sup>41</sup>

Dabei lehnte die Bundesregierung jedoch strikt ab, die Bonner Hilfeleistung an Warschau mit politischen Auflagen zu verknüpfen.

In der Frage der humanitären Hilfe gab es dagegen eine bemerkenswerte Einigkeit zwischen allen bedeutenden Kräften in der Bundesrepublik. Da die Versorgungslage bei Grundnahrungsmitteln sich von Tag zu Tag zuspitzte, rief die Bundesregierung die westdeutsche Bevölkerung dazu auf, den Polen individuelle humanitäre Hilfe zuteil werden zu lassen. Bereits seit Oktober 1980 war der Paketstrom mit Lebensmittel- und Kleiderspenden mehr und mehr angeschwollen. Am 8. Februar 1982 trat sogar eine vom Bundestag beschlossene, bis 30. Juni befristete Gebührenbefreiung für Postpakete nach Polen in Kraft, die ab 1. November 1982 von der neuen CDU/FDP-Regierung erneuert wurde. Der Wert der zivilgesellschaftlichen Hilfe wurde bis März 1982 auf über 400 Mio. DM geschätzt. Der Bundespost entstand aus der ersten Gebührenbefreiung ein Gebührenausschlag von mehr als 77 Mio. DM.<sup>42</sup> Der Friedenspreisträger des deutschen Buchhandels 1986 und spätere Außenminister Władysław Bartoszewski sprach von den vielen Menschen in Deutschland, »die im Geiste der Nächstenliebe und der Solidarität mit dem polnischen Volk Hilfe geleistet haben. Die volle psychologische Bedeutung dieser Tatsache wird sich vielleicht in der Zukunft als noch wichtiger erweisen als ihre unzweifelhafte materielle Bedeutung.«<sup>43</sup>

Trotz der im Verlauf des Jahres 1981 fortexistierenden Gefahr eines sowjetischen Eingreifens in Polen blieb die Bundesregierung bei ihrer Haltung, sich zu den Vorgängen in diesem Land öffentlich nicht zu äußern, um Moskau keinen Anlass für den Vorwurf zu liefern, dass sich die Bundesrepublik in polnische Angelegenheiten einmische. Die sowjetische Führung wurde zwar vor einer Intervention in Polen gewarnt, allerdings in einer indirekten und gemäßigten Form. Man wies darauf hin, dass die Polen ihre Probleme intern, ohne jegliche gewaltsame Einmischung von außen, lösen müssten.<sup>44</sup>

Die Haltung der Bundesregierung, aber auch der CDU/CSU-Opposition zur Krise in Polen war nur vor dem Hintergrund des deutsch-deutschen Sonderkonflikts verständlich. Ungeachtet der großen Sympathiebekundungen für den Freiheitskampf der polnischen Arbeiter war die Ostpolitik zuallererst Deutschlandpolitik, deren Schlüssel weiterhin in Moskau lag. Das Verhältnis zu Polen hatte zwar unter allen Ostbeziehungen das größte historisch-politische und moralische Gewicht, aber unter dem Gesichtspunkt der Realpolitik hatten die Beziehungen zu Moskau unter allen Bundesregierungen seit Adenauer Vorrang. Dass fataler Weise das polnische kommunistische Regime in seiner Auseinandersetzung mit einer basisdemokratischen Bewegung von dieser Politik profitierte, war zwar unerwünscht, wurde aber in Kauf genommen.

41 FAZ, 2.4.1981.

42 Ausführlicher dazu Albrecht Riechers, Hilfe für Solidarność. Zivilgesellschaftliche und staatliche Beispiele aus der Bundesrepublik Deutschland, Ms. Hannover 2005.

43 Władysław Bartoszewski, Friedenspreis des Deutschen Buchhandels 1986, Frankfurt/Main 1986, S. 62; ebenso das Gespräch mit der Tageszeitung Die Welt, in: Die Welt, 27.9.1986.

44 Siehe auch die Gemeinsame Erklärung vom 37. deutsch-französischen Konsultationstreffen am 6.2.1981, in: Europa-Archiv, F7/1981, S. D203 ff.

## VII. OSTPOLITIK NACH VERHÄNGUNG DES KRIEGSRECHTS IN POLEN

Die Einstellung der Bundesregierung zum polnischen Drama änderte sich auch Ende 1981, nach der gewaltsamen Beendigung des polnischen Experiments, nicht wesentlich. Am Tag der tragischen Ereignisse in Polen sah sich der Kanzler des demokratischen Teils Deutschlands zu einer öffentlichen Kritik an der Einführung des Kriegszustandes in Polen nicht imstande, ganz zu schweigen von einem Abbruch seines Besuchs in der DDR, dem deutschen Teilstaat, der über 15 Monate lang nicht nur eine Hetzkampagne mit nationalistischen Zügen gegen Polen geführt, sondern sich außerdem bis zuletzt auf eine bewaffnete Intervention mit seiner Beteiligung vorbereitet hatte – was erst in den Neunzigerjahren nach Sichtung der entsprechenden Akten in Berlin bekannt wurde. Die ursprünglich innovative bundesdeutsche Ostpolitik fand auf den Wandel von unten nicht die Antwort, die von den demokratischen Kräften in Polen erwartet wurde.

Die Reaktion der sozial-liberalen Bundesregierung auf die Verhängung des Kriegszustands in Polen und ihre Ablehnung von Wirtschaftssanktionen stießen nicht nur in den Vereinigten Staaten auf heftige Kritik, sondern wurden auch in Westeuropa als unmoralisch, doppelzüngig und unglaubwürdig kommentiert. Unabhängig von der Kritik hinter vorgehaltener Hand oder der moralischen Entrüstung, die über die Verhaltensweise Bonns in den westeuropäischen Massenmedien angesichts der praktischen Hilflosigkeit der europäischen Regierungen laut wurde, veranlasste der massive Druck auf der Sondersitzung des Nordatlantikrats am 11. Januar 1982 die Bundesrepublik, auf die verbale Position der Bündnispartner bzw. deren Beurteilung der Ereignisse in Polen einzuschwenken. Diese NATO-Erklärung umfasste 16 Punkte und beschäftigte sich mit allen Aspekten der Krise in und um Polen.<sup>45</sup>

Bis zum Herbst 1982, dem Niedergang und Ende der sozial-liberalen Koalition, wurde die bisherige Ostpolitik konsequent fortgesetzt. Sie hatte sich bis zuletzt an den Anfang der Siebzigerjahre formulierten Grundlagen der Deutschland- und Ostpolitik der Bonner Regierung orientiert.

Mit Bezug auf Polen hat Helmut Schmidt die Ratio dieser Politik in der Polen-Krise in seinen Memoiren so formuliert:

»Wer als Deutscher mit Polen zu einer Verständigung kommen wollte, musste mit der tatsächlichen Regierung in Warschau Verträge schließen – ob mit Gomulka, Gierek, Kania oder Jaruzelski. Jeder westdeutsche Versuch, zwischen das polnische Volk und seine Regierung Keile zu treiben, dem ersteren freundliche Worte zu sagen, dem letzteren aber Hilfe zu verweigern, musste scheitern; er musste den kommunistischen Propagandisten in Warschau auch Argumente gegen den angeblichen deutschen Revanchismus liefern. Für Genscher und mich kam es deshalb überhaupt nicht in Betracht, die Bundesrepublik durch Washington in eine gegen Warschau gerichtete provozierende Rolle drängen zu lassen.«<sup>46</sup>

Die Aufrechterhaltung der Philosophie der Ostpolitik der Siebzigerjahre nach dem Entstehen der *Solidarność* und nach der Verhängung des Kriegsrechts hatte unmittelbare Folgen für das Verhältnis der deutschen Sozialdemokratie zur demokratischen Bewegung über den Regierungswechsel vom Oktober 1982 hinaus. An der spezifischen Polenpolitik unter Schmidts Leitmotiv »einer Aussöhnung zwischen Polen und Deutschen«<sup>47</sup> lässt sich das Dilemma einer Realpolitik festmachen, die ihre Werteorientierung nicht verleugnete, aber die Perspektive einer direkten Infragestellung der Machtverhältnisse in einem sogenannten realsozialistischen System aufgrund jahrzehntelanger Erfahrungen für recht aussichtslos hielt. Andererseits fiel der polnischen demokratischen Opposition mit eigenen

45 Wortlaut in: EA, F6/1982, S. D157–169.

46 Schmidt, S. 306 f.

47 Ebd., S. 306.

spezifischen Erfahrungen mit ihrer Staatsmacht und deren endemischen Schwächen der Perspektivwechsel schwer. Sie zerbrach sich aus verständlichen Gründen der Fokussierung auf ihre eigene Situation nicht den Kopf von deutschen Politikern, die sich nicht mitschuldig machen wollten an einem befürchteten, von sowjetischen Panzern verursachten Blutbad in Polen, das durch eine verbale Unterstützung für eine als hoffnungslos unterlegene *Solidarność* provoziert werden konnte, der man letztendlich genauso wenig wie den ungarischen Freiheitskämpfern 1956 zur Hilfe eilen konnte.

Diese realpolitische Orientierung, die auch die Erpressbarkeit bundesdeutscher Politik wegen der offenen Grenzfrage zu Polen und des Revisionismusvorwurfs ernst nahm, der von Zeit zu Zeit sogar von westeuropäischen Verbündeten hinter vorgehaltener Hand oder, wie beim italienischen Ministerpräsidenten Andreotti, öffentlich vorgebracht wurde, trübte über die gesamten Achtzigerjahre hin<sup>48</sup> das Verhältnis der polnischen demokratischen Opposition zur SPD. Dabei war die Haltung auch der sozialdemokratischen Prominenz bei weitem nicht einheitlich, wie an dem damaligen Bremer Bürgermeister Hans Koschnick, Karsten Voigt u. a. festzustellen war, die ihre Sympathie und Unterstützung für die in den Untergrund gedrängte *Solidarność* demonstrierten.<sup>49</sup> Willy Brandts Haltung und die Helmut Schmidts waren nicht deckungsgleich. Zwar gab es aus Einzelgewerkschaften des DGB wie der IG Druck und Papier mit ihrem Vorsitzenden Leonhard Mahlein Verweigerung der Solidarität mit *Solidarność* noch in der Zeit ihrer legalen Tätigkeit, zwar verhielt sich die DGB-Spitze vergleichbar staatspolitisch zurückhaltend wie die SPD-Spitze, rief jedoch gleichzeitig zu zahlreichen Solidaritätsaktionen zur Unterstützung der legalen Tätigkeit der *Solidarność* auch nach der Verhängung des Kriegsrechts auf.<sup>50</sup> Die Ausstrahlungen des zusätzlichen Dilemmas deutscher Ostpolitik mit dem Sonderkonflikt der ungelösten deutschen Frage ließen sich auch am Verhältnis DGB-*Solidarność* feststellen. 1984 schrieb der internationale Sekretär des DGB Erwin Kristoffersen:

»Die kommunistische Staatsmacht in Polen und in der UdSSR war eher bereit, französische und italienische Solidarität mit ›Solidarität‹ zu akzeptieren als deutsche. Den Italienern sah man manches nach, Frankreich war das traditionelle Aufnahmeland polnischer Freiheitskämpfer. Die Deutschen aber blieben in der offiziellen Sprachregelung trotz Normalisierungsvertrag und engen Wirtschaftsbeziehungen die ewigen Revanchisten, mit denen man sich nicht zu nahe einlassen sollte.«<sup>51</sup>

Der deutsche Friedensnobelpreisträger Willy Brandt hatte sich sowohl öffentlich wie auch intern mehrfach für die *Solidarność*-Bewegung verwandt. An der Seite von Heinz Oskar Vetter unterstützte er den Spendenaufruf des DGB bei einer Veranstaltung in der Mühlheimer Stadthalle am 30.1.1982.<sup>52</sup> Kurze Zeit später wandte er sich in einem persönlichen Schreiben an General Jaruzelski, in dem er die Freilassung der Gefangenen, die Wiederherstellung der *Solidarność* und insbesondere die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit den gesellschaftlichen Kräften forderte.<sup>53</sup> Im Dezember 1985 hatte er zwar nicht die Absicht, den polnischen Friedensnobelpreisträger Lech Wałęsa in Danzig aufzusuchen,

48 Vgl. auch den Vermerk über das Gespräch Schmidt – Honecker am 5.9.1983 im Staatsratsgebäude in Ost-Berlin aus dem Privatarchiv H. Schmidts, in: Heinrich Potthoff (Hrsg.), Die Koalition der Vernunft. Deutschlandpolitik in den achtziger Jahren, München 1995, S. 171, 175 f.

49 Ausführlicher hierzu Riechers, a. a. O.

50 Hierzu ausführlicher Natalie Bégin, Kontakte zwischen Gewerkschaften in Ost und West. Die Gründung von *Solidarność* und ihre Auswirkungen in Deutschland und Frankreich, in diesem Heft.

51 Zitiert nach ebd., S. 298.

52 Sozialdemokratischer Pressedienst, 29.1.1982.

53 Schreiben Willy Brandts an den polnischen Ministerpräsidenten Wojciech Jaruzelski vom 14.1.1982, abgedruckt in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Willy Brandt und Polen. Für Frieden in Freiheit und sozialer Gerechtigkeit, Ausstellungskatalog, Bonn 2000, S. 24.

als er sich während seines Besuchs aus Anlass des 15. Jahrestags der Unterzeichnung des Warschauer Vertrags in Polen aufhielt, ließ aber die Offenheit für eine Begegnung in Warschau signalisieren. Dass ein Gesprächswunsch gegenüber den polnischen Stellen nicht mit Nachdruck geäußert wurde, ist mit der Rücksichtnahme auf den Gastgeber Wojciech Jaruzelski und Verhaltensunsicherheit gegenüber der Opposition, aber auch mit der Zurückhaltung des damaligen deutschen Botschafters zu erklären, der offenbar darüber hinaus ursprünglich von einem Treffen Brandts mit Vertretern des Warschauer »Klubs der katholischen Intelligenz«, die zugleich führende *Solidarność*-Berater waren, wie Tadeusz Mazowiecki, Andrzej Wielowiejski u. a., abgeraten hatte. Diese Begegnung fand schließlich doch statt.<sup>54</sup> Vermutlich waren es wohl die Unentschiedenheit der deutschen und die Drohgebärden der polnischen Seite, die eine Begegnung Brandt-Wałęsa verhinderten. Jahre später formulierte Brandt in seinen Erinnerungen die besonderen Schwierigkeiten der Sozialdemokraten mit der demokratischen Opposition:

»Für einen deutschen Sozialdemokraten war es, und dies gilt nicht nur für Polen, oftmals schwer, mit den Regierenden angemessen umzugehen und doch dem Missverständnis zu entgehen, man halte das Ringen demokratischer Oppositionen für politische Folklore.«<sup>55</sup>

Dem von freundlich (Koschnick, Vogel, Voigt u. a.) bis ablehnend (Bahr, Ehmke u. a.) reichenden Verhältnis führender deutscher Sozialdemokraten zur Demokratiebewegung in Polen stand in der ersten Hälfte der Achtzigerjahre ein Nichtverhältnis der zweiten großen deutschen Volkspartei, der CDU/CSU, sowohl zu den in Polen Regierenden als auch zu der Oppositionsbewegung gegenüber. Freilich wurden die *Solidarność*-Kontakte in den ersten Amtsjahren von Kanzler Helmut Kohl allmählich aufgebaut. Die ersten Gespräche mit Repräsentanten der *Solidarność*-Opposition legten den Grundstock für den Wandel der Polenpolitik der CDU/CSU.

#### VIII. STATUS-QUO-POLITIK IN DER APORIE: EINSICHTEN UND INKONSEQUENZEN

Nach dem Regierungswechsel im Oktober 1982 kam es trotz des ostpolitischen Nachholbedarfs der Union zu keiner grundlegenden Korrektur der Bonner Ost- und Deutschlandpolitik. Die Koalition von CDU/CSU und FDP unter Bundeskanzler Kohl hatte in dem alten und neuen Außenminister Genscher einen Garanten für die Kontinuität der deutschen Außenpolitik. Allerdings änderten sich durch die Regierungsübernahme einige Akzente.<sup>56</sup>

Die Akzentverschiebungen nach dem Regierungswechsel sollten sich besonders in den ersten beiden Jahren auch in der Polenpolitik nachzeichnen lassen, die im übrigen nach wie vor entsprechend der bundesdeutschen Staatsräson von der Priorität der Beziehungen zur Sowjetunion ausging, wie es der damalige außenpolitische Berater Kohls, Horst Teltschik, in bemerkenswerter Offenheit formulierte:

»Deutsche Ostpolitik ist in dem Augenblick zum Scheitern verurteilt, wenn sie den Versuch unternimmt, Politik an Moskau vorbei zu betreiben oder einzelne Mitglieder des Warschauer Paktes gegenüber Moskau oder untereinander auszuspielen und sogenannte Sonderverhältnisse entwickeln zu wollen.«<sup>57</sup>

54 Sozialdemokratischer Pressedienst, 10.12.1985.

55 Willy Brandt, Erinnerungen, 4. Aufl., Frankfurt/Main/Berlin 1992, S. 473.

56 Siehe auch Jens Hacker, Die Ostpolitik der konservativ-liberalen Bundesregierung seit dem Regierungsantritt 1982, in: APuZ, B14/94, 8.4.1994, S. 16–26.

57 Horst Teltschik, Aspekte der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik im Rahmen der Ost-West-Beziehungen, in: APuZ, B7–8/85, 16.2.1985, S. 3–13, hier S. 11.

In den Beziehungen zu Polen ging es nicht um eine Korrektur der operativen Politik, sondern vielmehr um die demonstrative Verknüpfung mit den langfristigen deutschlandpolitischen Zielen der Bundesrepublik. Die Offenheit der deutschen Frage erhielt unter christlich-demokratischen und christlich-sozialen Ministern einen zumindest theoretisch-völkerrechtlich »revisionistischen« Akzent, den die sozial-liberalen Regierungen seit Anfang der Siebzigerjahre peinlich vermieden hatten. Dieser Akzent beunruhigte das politische Polen, weil damit die Grenzfrage erneut als offen interpretiert werden konnte.

In seiner ersten Regierungserklärung machte Kohl im Unterschied zu den Sozialdemokraten die Sowjetunion für das Scheitern des Entspannungsprozesses direkt verantwortlich und scheute sich nicht, die entscheidende Rolle Moskaus in der polnischen Krise zu benennen. Der neue Regierungschef bestand ausdrücklich auf der Aufhebung des Kriegsrechts, der Freilassung aller Verhafteten, der Fortführung des Dialogs mit der katholischen Kirche und der erneuten Legalisierung der *Solidarność*.<sup>58</sup> Kohl bezeichnete das Verbot der Gewerkschaft nicht nur als einen Bruch des Versprechens der polnischen Regierung und als einen Verstoß gegen die Schlussakte von Helsinki, sondern auch als einen kalten Handstreich gegen das polnische Volk.

Da die neue Bundesregierung wieder starke deutschlandpolitische Akzente gesetzt hatte, die potenziell als gegen die territoriale Integrität Polens gerichtet und generell als Degradierung Polens in der außenpolitischen Prioritätenliste Bonns missverstanden werden konnten, versuchte der Bundeskanzler dem entgegenzuwirken, indem er eine klare Trennungslinie zwischen dem Militärregime in Polen und dem polnischen Volk zog und der polnischen Bevölkerung die volle Unterstützung und menschliche Anteilnahme zusicherte.<sup>59</sup>

Bundeskanzler Kohl erwähnte in der außenpolitischen Debatte des Bundestags am 25./26. November 1982 nur einmal das polnische Regime, sonst sprach er vom »polnischen Nachbarn.« In dem Polen gewidmeten Abschnitt seiner Erklärung äußerte er seine Überzeugung:

- dass die Polen ihre schweren politischen und gesellschaftlichen Probleme auf der Basis der inneren Verständigung und ohne Einmischung von außen lösen müssen;
- die Hilfsbereitschaft der Westdeutschen sichtbarster Ausdruck für die Aussöhnung zwischen den Deutschen und Polen sei;
- dass anstelle von Kriegsrecht und Internierung ein wirklicher Dialog zwischen Regierung, Kirche und berufenen Vertretern aller gesellschaftlichen Gruppen treten solle. Auch seien alle Gefangenen freizulassen.<sup>60</sup>

Es war der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Mertes, dem es in seiner Antwort auf eine parlamentarische Anfrage des Abgeordneten Carl Otto Lenz vom 14. Dezember 1983 (Mertes-Brief) gelang, einerseits die Offenheit der deutschen Frage und andererseits das gemeinsame deutsche und polnische Interesse an der Überwindung des Status quo in Mitteleuropa ohne Schaden für Polens Staatsräson zu formulieren. In einem Vortrag an der Universität Zürich hatte Mertes entsprechende Gedanken bereits formuliert:

»[...]wäre es auch eine verhängnisvolle Kurzsichtigkeit des Westens zu übersehen, dass die ethischen Grundlagen unserer Westbindung in sich selbst die Unaufgebarkeit der Forderung nach Recht und Freiheit für die Deutschen enthalten, denen Macht und Willkür sie versagen. Natürlich nicht als eng nationales Anliegen, sondern als Teil des Strebens nach einer dauerhaften Friedens-

58 Ebd.

59 Siehe Erklärung des Bundeskanzlers zur Außenpolitik der Bundesregierung am 25.11.1982, in: Bulletin, 118, 26.11.1982, S. 1073 f.

60 Bulletin, 118, 26.11.1982, S. 1074.

ordnung in Europa, die auch unseren östlichen Nachbarvölkern persönliche, gewerkschaftliche und politische Menschenrechte zurückgibt, die ihnen heute vorenthalten sind.«<sup>61</sup>

Die elementare Verflechtung der deutschen Frage mit der Frage des politischen und gesellschaftlichen Wandels in Mittel- und Osteuropa war für Mertes unverkennbar. Diese Ausführungen deckten sich weitgehend mit Vorschlägen von außenpolitischen Vordenkern der polnischen Opposition, die der Perspektive der Wiedervereinigung Deutschlands, die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als Ostgrenze eines vereinigten Deutschland vorausgesetzt, positiv gegenüberstanden. Bedingung für eine befriedigende Lösung deutsch-polnischer Beziehungen in freiheitlichem Rahmen war demnach ein Übergang von der Rechtszustandsformel in der Polenpolitik der CDU/CSU zu einer ethischen Formel in Bezug auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker in den jetzt existierenden Grenzen.<sup>62</sup>

Der Deutschland-, Osteuropa- und Polenpolitik der Regierung Kohl/Genscher kam nicht nur die oppositionelle polnische Diskussion über Polens Platz in Europa und die Brückenfunktion eines freiheitlichen Deutschland entgegen. Nach 1985 begünstigte auch der neue KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow indirekt und ungewollt langfristige politische Ziele der Bundesrepublik. Gorbatschows Idee von einem »gemeinsamen Haus Europa« duldete eigentlich nicht, die Teilung Europas und Deutschlands aufrechtzuerhalten.

Was für das kommunistische Regime mit Blick auf Deutschland längst als ein abgeschlossenes Kapitel galt, war für die oppositionellen Gruppierungen in Polen ein offenes Problem, das es im polnischen Nationalinteresse noch zu lösen galt. In ihrer Kombination von kühnem Denken und Realismus befürworteten die führenden Köpfe der Opposition durchaus die bundesdeutschen Überlegungen zum Einigungsprozess Europas und sahen darin keine Gefahr für den polnischen Staat. Im Gegenteil, die deutsche Frage sollte positiv im Kontext einer Auflösung des geopolitischen Dilemmas der polnischen Außenpolitik beantwortet werden, das sie nach Auffassung oppositioneller Vordenker zu einem strategischen Gefangenens zwischen Deutschland und der Sowjetunion gemacht hatte. Bundeskanzler Kohl bot mit seinen Äußerungen zur deutschen Einheit im Rahmen einer europäischen Friedensordnung für jeden Polen eine äußerst wichtige Perspektive an, nämlich ein demokratisches Umfeld und eine direkte Verknüpfung mit Westeuropa an der westlichen Flanke des polnischen Staats.

Außenminister Genscher legte großen Wert darauf, während des Warschau-Besuchs im Januar 1988 außerhalb des offiziellen Programms einen Kranz am Grab des ermordeten Priesters Popieluszko niederzulegen und sich in der bundesdeutschen Botschaft mit Lech Wałęsa, Tadeusz Mazowiecki, Bronisław Geremek und Janusz Onyszkiewicz zu treffen. In diesem Gespräch forderte Wałęsa wirtschaftliche Hilfe für Polen, die jedoch von Fortschritten bei den angekündigten Wirtschaftsreformen, im öffentlichen Leben und bei der Achtung der Menschenrechte in Polen abhängig gemacht werden sollte.<sup>63</sup> Mit diesem Gespräch führte ein Vertreter der Bundesregierung erstmals in dem realsozialistischen Land den Brauch ein, der bei Besuchen in demokratischen Staaten üblich ist, nämlich das Gespräch mit den wichtigsten Oppositionsparteien. Dies wollte die Bundesregierung als ein demonstratives Zeichen für die Unterstützung eines konsequenten Demokratisierungsprozesses in Polen gewertet wissen.<sup>64</sup>

Die Verhandlungen am Runden Tisch und die unklaren Zukunftsaussichten der Regierung Rakowski bzw. die Beteiligung der bisherigen Systemopposition an der Regierungsmacht veranlassten auf der anderen Seite die Bundesregierung, das Tempo in den Ver-

61 Texte zur Deutschlandpolitik, Reihe III, Bd. 1, Bonn 1985, S. 95.

62 Siehe *Hajnicz*, Polen in seinem geopolitischen Dreieck, in: Außenpolitik I (1989), S. 31–43, hier: S. 35.

63 FAZ, 12.1.1988.

64 Siehe *Genscher*, S. 280.

handlungen mit Polen nicht zu forcieren. Die Bundesregierung wollte sich nicht in letzter Minute mit einer Macht einigen, die möglicherweise vor der Abdankung stand. Es wäre fatal für die Perspektiven deutscher Osteuropa- und Polenpolitik gewesen, den Neuanfang im bilateralen Verhältnis mit den Vertretern der Arbeiterpartei zu suchen, die für die Deutschlandpolitik der vergangenen 45 Jahre verantwortlich gewesen war. Sollte diese den »historischen Durchbruch« in die Scheuern fahren, der im Sinne einer politischen Morgengabe eher einer demokratischen Opposition zustand? Wäre mit einer neuen Regierung in Polen nicht vielleicht noch mehr Einverständnis bei der Verwirklichung von Menschen- und Bürgerrechten für Deutsche in Polen und bei der Erweiterung und Vertiefung von bilateralen Beziehungen insgesamt zu erreichen als mit einer Regierung, die immer noch von – wenn auch gewendeten – Kommunisten geführt wurde?

#### IX. DAS ENDE DER OSTPOLITIK NACH DEM DEMOKRATISCHEN WANDEL

Außenminister Genscher sprach in einer Rede vor der UN-Generalversammlung Ende September 1989 in New York mit folgenden Worten direkt seinen neuen polnischen Amtskollegen Skubiszewski an:

»Ich wende mich an Sie, Herr Außenminister Skubiszewski, als den Außenminister des neuen Polens. Ihr Volk soll wissen, dass sein Recht, in sicheren Grenzen zu leben, von uns Deutschen weder jetzt noch in Zukunft durch Gebietsansprüche in Frage gestellt wird. Das Rad der Geschichte wird nicht zurückgedreht. Wir wollen mit Polen für ein besseres Europa der Zukunft arbeiten. Die Unverletzlichkeit der Grenzen ist Grundlage des friedlichen Zusammenlebens in Europa.«<sup>65</sup>

Im Frühherbst 1989 ging es in den westdeutsch-polnischen Beziehungen und in der Politik Bonns gegenüber Warschau um die Lösung von konkreten Problemen, die als Folge des inneren Zusammenbruchs der alten Ordnung in Mitteleuropa entstanden waren. Im August 1989 hatte sich die Flüchtlingsbewegung aus der DDR dramatisch zugespitzt. Hunderte DDR-Bürger flohen über die Oder-Neiße-Grenze nach Polen in die Freiheit.

Schon aus den praktischen Erwägungen im Zusammenhang mit der Flüchtlingsproblematik war die Bundesregierung daran interessiert, politisch-diplomatische Zeichen zu setzen und unverzüglich Verhandlungen mit der neuen polnischen Regierung unter Ministerpräsident Mazowiecki aufzunehmen. In seiner Erklärung während der Haushaltsdebatte am 5. September 1989 befasste sich Kohl mit der historischen Wende in Polen und ihren möglichen Konsequenzen für die deutsch-polnischen Beziehungen. Er sagte u. a.:

»Die Nachrichten, die jetzt aus Warschau zu uns kommen, hätte vor zwölf Monaten niemand für möglich gehalten. Mit der Wahl eines Ministerpräsidenten aus den Reihen der Opposition hat das Parlament deutlich gemacht, dass es den Weg zur Demokratie konsequent weitergehen will.«

Von zwei Richtlinien wollte der Bundeskanzler sich daraufhin in der Polenpolitik leiten lassen: Zum einen gehe es darum, »zwischen Deutschen und Polen den überfälligen Schritt zu einer dauerhaften Aussöhnung zu machen«, zum anderen sah er eine zusätzliche Verantwortung der Bundesrepublik, die Demokratie in Polen zu stärken. Die Bundesregierung sollte »alles daran setzen, um zu verhindern, dass es einen Rückschlag gibt. [...] Die Polen brauchen jetzt nicht gute Worte, sondern schlicht handfeste Unterstützung.«<sup>66</sup>

Der Besuch des Bundeskanzlers in Polen sollte die Verständigung zwischen Deutschen und Polen entscheidend voranbringen. Kohl sah sich auch auf diesem Gebiet in der

65 Bulletin, 98, 28.9.1989, S. 849.

66 Bulletin, 87, 6.9.1989, S. 757–764, hier: S. 759.

Nachfolge Konrad Adenauers.<sup>67</sup> Aber schon am ersten Tag seines Aufenthalts in Warschau wurde der historische Besuch durch die spektakuläre Maueröffnung in Berlin in einen nicht vorhersehbaren epochalen Zusammenhang gestellt. Daraufhin unterbrach der Gast mit dem zögerlichen Einverständnis der Gastgeber am 10. November seinen Polen-Besuch bis zum 12. November.<sup>68</sup> Es kam zu einer rasanten Beschleunigung der Geschichte. Als Kohl nach den auch in Polen mit Sympathie und Freude aufgenommenen Szenen in Berlin am 12. November seinen Staatsbesuch fortsetzte, kam er aus einem veränderten Deutschland zurück.

Das wichtigste langfristige Ziel der Deutschland- und Ostpolitik, die Perspektive der Wiederherstellung der staatlichen Einheit der Nation in einer neuen demokratischen Ordnung Europas war im Begriff, ein entscheidendes Stück näher zu rücken.

Der letzte Akt der deutschen Ostpolitik in dem in Auflösung begriffenen Rahmen der alten Ost-West-Teilung Europas wurde in den Verhandlungen der Bundesregierung mit der sowjetischen Führung, mit Michail Gorbatschow und Eduard Schewardnadse, über die Bedingungen der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands geschrieben. Natürlich war der Prozess der deutschen Wiedervereinigung ein multilaterales Unternehmen, in dem die Vier Mächte die entscheidende Rolle und die europäischen Nachbarn eine mitgestaltende Rolle spielten, aber der bilaterale deutsch-sowjetische Gesprächsmarathon im Frühjahr und Frühsommer 1990 hatte sein eigenes Gewicht. In diesem letzten Akt der Ostpolitik leistete die Bonner Politik einen schwer gewichtbaren Beitrag zum Zusammenbruch des Ostblocks und dem Ende der sowjetischen Vorherrschaft in Mitteleuropa. Wieder war diese Ostpolitik von indirekter Wirkung: Ihr ging es um Deutschland, und in diesem in der jüngeren deutschen Geschichte einmaligen Fall hatten die Nationen zwischen Deutschland und der Sowjetunion einen Vorteil von einer Ostpolitik, in der die deutsche und die sowjetische Regierung Verständigung suchten; sie war auch zum Nutzen Dritter.

#### X. SCHLUSSBETRACHTUNG

Der Rückblick auf die bundesdeutsche Ostpolitik seit den Fünfzigerjahren vergegenwärtigt nicht nur einen bisweilen frappierenden Mangel an Realitätssinn und Phantasie, sondern auch die heilende Wirkung, die der Faktor Zeit im Verhältnis der Bundesrepublik zu den östlichen Nachbarn brachte. Die Verdrängungsleistung der westdeutschen Politik und Gesellschaft in den Fünfzigerjahren, die Konzentration auf das zugefügte Vertreibungsleid und den eigenen Territorialverlust, provozierten offenbar in den 1960er-Jahren eine intensive, entgegengesetzte bundesrepublikanische Debatte über die Grundlagen für eine Aussöhnung und Verständigung mit dem Nachbarn im Osten.

Es sollte jedoch noch bis zum Jahr 1970 dauern, bis dieser neueinsetzende Realismus, gepaart mit moralischer Verantwortung und visionärem Denken, getragen von Kirchen,

67 Siehe das persönliche Bekenntnis Kohls zum Ausgleich und zur Freundschaft mit Polen, in: *Helmut Kohl, »Ich wollte Deutschlands Einheit«*. Dargestellt von Kai Diekmann und Ralf Georg Reuth, 3. Aufl., Berlin 1996, S. 118 ff.

68 Kohl stellte die Situation so dar: »Meine Entscheidung führte zu einem veritablen Streit. Der polnische Ministerpräsident wollte um jeden Preis verhindern, daß ich nach Berlin fahre. Es wäre ein Affront gegen Staatspräsident Jaruzelski, wenn ich das für den folgenden Tag vorgesehene Treffen mit diesem absagen würde, sagte Mazowiecki, der dann in meiner Gegenwart mit dem General telefonierte. Schließlich ging ich selbst an den Apparat und erläuterte meine Gründe. [...] Der General zeigte sich schließlich mit einer Verschiebung des Termins einverstanden [...]« (S. 129)

Gewerkschaften, Intellektuellen und anderen gesellschaftlichen Gruppen, in den Ostverträgen auch politische Früchte trug.

Nochmals 20 Jahre sollten vergehen, bis eine unerwartete und plötzliche Wendung in der europäischen Nachkriegsgeschichte, der Zusammenbruch von Kommunismus und Ostblock, den deutsch-osteuropäischen Beziehungen zum historischen Durchbruch verhalf. Es war kein Zufall, dass die entscheidenden Signale für die große europäische Wende gerade von Polen und von der DDR ausgingen. Die Unerträglichkeit des Status quo und die Verletzung grundlegender Menschen- und Bürgerrechte wurden hier am stärksten wahrgenommen. Ebenso wenig war es freilich ein Zufall, dass weiten Kreisen des politischen Establishments der Bundesrepublik Deutschland in seiner Fixierung auf die Konzeption von der »Liberalisierung durch Stabilisierung« das Gespür für eine zunehmend unhaltbare Situation – zuerst in Polen, dann in der DDR – abhanden gekommen war. *Solidarność* und das Kriegerrecht in Polen wurden so zur schwierigsten Prüfung für eine realistische und »moralische« Ostpolitik, die sich die regierenden Politiker in Bonn, unabhängig von dem Ergebnis ihrer Erwägungen, nicht leicht gemacht haben. Die Rückschau legt das latente Spannungsverhältnis zwischen den beiden Komponenten der westdeutschen Ostpolitik bis zum Ende der Achtzigerjahre frei: Einerseits den realpolitischen Ansatz, Handlungsspielräume zu erweitern und entsprechend geographischer Lage, wirtschaftlichen Kapazitäten sowie kulturellen und historischen Verknüpfungen im Osten Präsenz zu zeigen. Und andererseits die moralische Dimension, die sowohl die historische Rolle und Verantwortung Deutschlands in Ostmittel- und Osteuropa in den Blick nahm, als auch die Möglichkeiten der Förderung von Liberalisierung und Demokratisierung der östlichen Staaten auszuloten hatte. Die Ursprungsidee der Entspannungs- und Ostpolitik war neben Friedenssicherung, Rüstungskontrolle und vielem anderen die langfristige Transformation der kommunistischen Systeme von oben, also mit tätiger Unterstützung der kommunistischen Parteien, und gleichzeitig von unten durch die zunehmende Öffnung des gesellschaftlichen Sektors über die Blockgrenzen hinweg. Als sich aber am Ende der ersten Phase der *Détente* herausstellte, dass die osteuropäischen Partieliten gar nicht daran dachten, sich demokratisch transformieren und somit (teil)entmachten zu lassen und sich stattdessen Dissidentengruppen – in Polen sogar eine ganze Massenbewegung – aufzumachen, die Legitimation kommunistischer Herrschaft in Frage zu stellen, und die Transformation des Systems anstrebten, hatte westliche Ostpolitik ein Problem. Wegen der ungelösten deutschen Frage und der historischen Belastung des Verhältnisses zu den östlichen Nachbarn potenzierte sich das Problem – wie sich richtig verhalten? – für die bundesdeutsche Ostpolitik. Bonn war erpressbarer als alle westlichen Verbündeten – mit seinem verfassungspolitisch begründeten Grenzanerkennungsvorbehalt und mit 17 Millionen Geiseln in der DDR.

Unter diesen Bedingungen konnte die Ostpolitik der Bundesrepublik in dem einen entscheidenden Punkt nur eine Prämisse für die Demokratiebewegung in Ostmitteleuropa sein, indem sie den regierenden Kommunisten das Argument vom deutschen Revanchismus und Grenzrevisionismus als Legitimation der kommunistischen Herrschaft und der sowjetischen Hegemonie aus der Hand schlug und glaubwürdig ein neues friedliches und gutnachbarliches Deutschland repräsentierte. Zu keinem Zeitpunkt hat sich deutsche Ostpolitik als Politik der direkten Destabilisierung der kommunistischen Ordnung verstanden, wohl aber als Kraft der sukzessiven nichtrevolutionären, d. h. von kommunistischen Reformkräften geduldeten oder vorangetriebenen, gesellschaftlichen Veränderung. Im Gespräch mit Joseph Rovon hatte Willy Brandt nach dem Abschluss der ersten Phase der neuen sozial-liberalen Ostpolitik bemerkt, dass es »ganz sicher keinen notwendigen Zusammenhang zwischen *Détente* und innerer Freiheit in kommunistisch regierten Län-

dern« gebe, andererseits seien im Kommunismus »immer wieder unbequeme Regungen« vorgekommen, die sich auch in Zukunft wiederholen werden.<sup>69</sup> Mehr als eine gemeinsam ausgehandelte Plattform wie das doppeldeutige KSZE-Dokument war im Rahmen von Ostpolitik als Realpolitik mit moralischen Ansprüchen nicht vorstellbar. Die Initiative *musste* von demokratischen Kräften innerhalb der realsozialistischen Systeme ausgehen. Was diese allerdings erwarten durften, war ideelle Solidarität, offene Sympathie und eine intelligente zweigleisige Politik. In keinem anderen Land des Ostblocks war die sich einer simplizistischen Beurteilung entziehende Komplexität der Ostpolitik so sichtbar, wie in Polen. Dies belegen nicht zuletzt die in diesem Band vertretenen Beispiele der Arbeit der deutsch-polnischen Schulbuchkommission, der Besuchs- und Stipendienprogramme auch für Mitglieder der Opposition (Beitrag Dakowska), der Gedenkstättenfahrten, der Betreuung von KZ-Überlebenden und der Unterstützung für die *Solidarność*-Bewegung.

Insofern haben erst die Freiheitskräfte in Ostmitteleuropa 1989/90 die deutsche Osteuropapolitik grundsätzlich von Dilemmata erlöst, vor die sie sich von der Kanzlerschaft Adenauers über Erhard, Kiesinger, Brandt und Schmidt bis in die ersten Jahre der Kanzlerschaft Kohls gestellt sah: nämlich

1. der latenten Spannung zwischen *politischem Realismus* und *moralischem Anspruch* in der Ostpolitik, die während des Kalten Kriegs und des Systemantagonismus nicht aufzulösen war. In manchen Augenblicken trat sie nicht so offen zutage, in anderen Situation war sie schmerzlich. Wie konnte Versöhnung mit dem Volk gefunden werden, wenn man mit Machthabern verhandeln musste, die nicht vom Volk legitimiert waren? Für Adenauer war die Herrschaft der Kommunisten in Warschau *ein* Vorwand fürs Nichtstun. Zu Zeiten der Brandtschen Ostpolitik gab es noch keine demokratische Opposition und er kam mit den Ostverträgen sowohl den Regierenden wie den Regierten entgegen. Schmidt war am stärksten mit dem Dilemma konfrontiert. Kohl hatte am Ende Fortüne, ließ sich aber mit der Grenzfrage sehr viel Zeit;

2. der Machtfrage, die die außergewöhnliche moralische und historische Komponente im Verhältnis zu den östlichen Nachbarn in dem Sinne überlagerte, als dass die Bundesrepublik Deutschland den Schlüssel zur Wiedervereinigung, dem langfristigen Hauptziel der Bonner Republik, in Moskau liegen sah. Besondere Rücksichtnahme auf die Vormachtrolle der Sowjetunion schien somit vom Anfang der Republik an geboten. Das alles war mit dem Jahr 1990 Vergangenheit geworden.

---

69 Willy Brandt, Berliner Ausgabe. Band 6: Ein Volk der guten Nachbarn. Außen- und Deutschlandpolitik 1966 – 1974. Hrsg. v. Helga Grebing/Gregor Schöllgen/Heinrich August Winkler. Im Auftrag der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, Bonn 2005, S. 491 (Nr. 79: Aus dem Gespräch des Bundeskanzlers Brandt mit dem französischen Historiker Rowan, 22. August 1973).